



### Wissenschaftsparks

## Vom Labor ins Unternehmen

**Brüssel** Seite an Seite arbeiten Wirtschaft und Wissenschaft in Technologieparks. Beim Wissenstransfer spielen sie weltweit eine zentrale Rolle. Im internationalen Verband der Wissenschaftsparks (IASP) gibt es fünf deutsche Mitglieder. Eines davon ist der Technologie- und Wissenschaftspark Adlershof in Berlin (Foto). Mitte Oktober findet die nächste internationale Konferenz des Verbands im brasilianischen Recife statt. Eines der Themen wird der Städtebau sein und damit die Frage, wie sich die Parks in die städtische Infrastruktur integrieren lassen. **Forschung Seite 6**

### tipp der redaktion

#### Auftakt für EU-Programm

**Berlin** Ab Mitte September können Sie sich für die nationale Auftaktveranstaltung zum neuen EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ in Berlin anmelden. Das Programm verteilt zwischen 2014 und 2020 knapp 80 Milliarden Euro an Wissenschaftler in Europa und ihre Forschungspartner.

→ Internet: [www.forschungsrahmenprogramm.de/h2020-veranstaltungen.htm](http://www.forschungsrahmenprogramm.de/h2020-veranstaltungen.htm)

Dieses Mal mit:

#### International Higher Education

Vierteljahresschrift des Boston College für International Education

## themen

### Agenda

Frauen in Führungspositionen: Warum Stereotype stärker sind als Kompetenzen. **Seite 3**

### Hochschule

Freiheit in der Wissenschaft: Die Magna Charta Universitätum besteht seit 25 Jahren. **Seite 5**

### Kontakte

Kooperationen von Universitäten: Ein Bericht zeigt, wie sie effizienter sein können. **Seite 8**

### Ticker

Studierende in Abwehrhaltung: Wie sich US-Unis gegen Cyber-Attacken rüsten. **Seite 11**

### Brennpunkt

Forschen in Kroatien: Was der EU-Beitritt des Landes für die Wissenschaft bringt. **Seite 32**



**Mahlzeit!** Steht ein Konfliktgespräch mit Mitarbeitern an, hilft davor gemeinsames Essen. Forscher fanden heraus, dass der Mensch nach Tisch sensibler auf den Gesichtsausdruck des Gegenübers reagiert.

→ Studie im Internet: [www.plosone.org/article/info:doi/10.1371/journal.pone.0070314](http://www.plosone.org/article/info:doi/10.1371/journal.pone.0070314)

Foto: B. and E. Dudzinsky/fotolia.de

pone.0070314

## 16. Oktober

### Horizont 2020: Auf dem Weg zu Wissensgemeinschaften

**Bonn** Wie beantragt man eine KIC (Knowledge and Innovation Community)? Welche Erfahrungen haben Konsortien in einem solchen Forschungverbund? Tipps gibt es auf der Veranstaltung des Europäischen Instituts für Technologie und Innovation (EIT) am 16. Oktober in Bonn. Organisiert wird sie vom Bundesforschungsministerium für Vertreter von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Anmeldung bis 12. September.

→ Internet: [www.euburo.de/veranstaltungen.htm?id=326](http://www.euburo.de/veranstaltungen.htm?id=326)

## 18.–20. November

### Bildungswissenschaftler und Praktiker tagen in Spanien

**Sevilla** Über die Entwicklung von Lehr- und Lernmethoden sowie Technologien der Bildungsforschung diskutieren Experten bei der Konferenz Iceri (International Conference of Education, Research and Innovation) vom 18. bis 20. November. Veranstalter ist der Bildungsverband Iated (International Association of Technology, Education and Development).

→ Internet: [www.iceri2013.org](http://www.iceri2013.org)

## 18.–22. November

### Akademie zur Weiterbildung im internationalen Management

**Tallinn** Das Management eines internationalen Büros oder Fundraising für Hochschulpartnerschaften sind Themen der Herbst-Akademie vom 18. bis 22. November an der Uni Tallinn. Veranstalter ist die EAIE (European Association of International Education). Anmeldeabschluss: 28. Oktober.

→ Internet: [www.eaie.org](http://www.eaie.org)

## Buchtipps

### Das Geheimnis der psychischen Widerstandskraft lüften und erfahren – mit Selbsttests und Studien

**München** Schneller, günstiger, perfekter – im Beruf steht der Mensch zunehmend unter Druck. Wohlstand, geringe körperliche Belastung und zahlreiche technische Errungenschaften, die unser Leben eigentlich erleichtern sollten, machen den Mensch anfälliger. Doch manche gehen leichter mit Krisen um als andere.

Die Münchner Wissenschaftsjournalistin Christina Berndt trägt in ihrem Buch über Resilienz Forschungsergebnisse beispielsweise von Neurobiologen und Genetikern zusammen. So scheinen nicht nur Persönlichkeit, Humor und eine positive Lebenseinstellung Einfluss auf die Resilienz zu haben, sondern in einem komplexen Wechselspiel auch Gene und Umwelt. Forscher haben herausgefunden, dass Menschen selbstbewusster und gelassener sind, wenn sie

als Baby öfters angelächelt wurden. Die Autorin führt prominente Beispiele an, wie Bill Clinton und Natascha Kampusch, die erlebte Traumata relativ gut wegstecken, ohne in Depression zu versinken.

Kurze Selbsttests im Buch geben Aufschluss über die eigene Widerstandskraft. Wenn dabei das Ergebnis nicht so positiv ausfällt, besteht Hoffnung. Resilienz lässt sich nämlich trainieren. Flexibel bleiben ist oberstes Gebot, wie auch der amerikanische Psychologen-Verband APA (American Psychological Association) in seinem Zehn-Punkte-Programm empfiehlt. tb

→ Literaturhinweis: **Christina Berndt, Resilienz. Krisen in Chancen verwandeln.** dtv, München 2013, 280 Seiten, 14,90 Euro.

## Konferenzen

### E-Campus: Experten diskutieren Wege der Hochschulen in die digitale Zukunft

**Paris** Die Zukunft der Lehre ist auch digital. Derzeit liegen beispielsweise die sogenannten Massive Open Online Courses (Moocs) im Trend. Diese Entwicklung in der Hochschulbildung sowie entsprechende technische Modelle und Finanzierungsansätze werden bei der Konferenz des europaweiten Verbands der Fernuniversitäten EADTU (European Association of Distance Teaching Universities) diskutiert. Die Tagung findet vom 24. bis 25. Oktober in Paris statt.

Im historischen Ambiente der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Sorbonne im ehemaligen Kloster Les Cordeliers steht der Wandel der traditionellen zur digitalen Hochschule im Fokus. Auf dem Programm finden sich unter anderem Themen wie Strategien zur Erschließung des digitalen Bildungsmarktes, Finanzierungsmodelle, Umstellungsprozesse auf neue Technologien sowie

generell die technischen und inhaltlichen Möglichkeiten von Apps in der Lehre, elektronischen Büchern und Videos von Lehrveranstaltungen.



Foto: Myrabella/Wikimedia Commons

Denken im Kreuzgang: Das Kloster Les Cordeliers in Paris wird Treffpunkt der digitalen Hochschulstrategien.

Die Teilnahmegebühr für die Konferenz beträgt für EADTU-Mitglieder 495 Euro, für Nichtmitglieder 545 Euro. Eine Anmeldung ist bis zum 20. Oktober möglich. tb

→ Internet: <http://conference.eadtu.eu>





Isabell Welpé ist Inhaberin des Lehrstuhls Strategie und Organisation an der Technischen Universität München (TUM).

agenda

hochschule

forschung

kontakte

## Chancengleichheit

# „Stereotype schlagen zu, wenn Situationen nicht eindeutig sind“

**Um als Frau Führung zu übernehmen, reicht es nicht, besser zu verhandeln und Netzwerke zu knüpfen. Warum, erklärt die Münchner Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Isabell Welpé.**

**duz** *Frauen rackern sich ab, um an die Spitzen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu gelangen. Sie sagen, dass der ganze Einsatz nichts bringt. Wieso?*

**Welpé** Viele Ansätze in Forschung und Politik haben in der Vergangenheit bei den Personen selber angesetzt und darauf abgezielt, Männer und Frauen zu schulen, ihnen also entweder notwendige Kompetenzen für eine Führungsposition zu vermitteln oder den Auswahlprozess von Führungskräften zu verbessern. Die Forschung zeigt jedoch, dass die nachhaltigeren Veränderungen nicht mit Appellen an Personen erreicht werden, sondern mit einer Veränderung von Strukturen und Prozessen. Man kann quasi sagen: Struktur schlägt Person.

**duz** *Frauen haben also kaum eine Chance, an die Spitze zu kommen?*

**Welpé** Es liegt nicht an einem Kompetenzmangel der Frauen. Die Forschung zeigt, dass unser aller Erwartungen an Männer und Frauen in Führungspositionen eine entscheidende Rolle spielen. Aufgrund unterschiedlicher Erwartungen bewerten wir das gleiche Verhalten von Männern und Frauen unterschiedlich.

**duz** *Nämlich?*

**Welpé** Wenn wir Frauen und Männer in Führungspositionen betrachten, sind vor allem zwei Erwartungen relevant: Erstens unsere Erwartungen darüber, wie eine gute Frau oder ein guter Mann zu sein hat. Zweitens unsere Erwartung, wie eine gute Führungskraft zu sein hat. Im Allgemeinen sind die Erwartungen an Männer und an Führungskräfte etwas deckungsgleicher. Ein Beispiel: Eine Führungskraft soll typischerweise durchsetzungsstark sein und Härte zeigen können, wenn notwendig. Diese Eigenschaften

schreiben wir typischerweise Männern stärker zu als Frauen.

**duz** *Das heißt?*

**Welpé** Objektiv erbrachte Leistung wird nicht nicht immer objektiv beurteilt. Übrigens haben Frauen ebenso wie Männer diese Stereotype im Kopf. Deshalb bringen Empfehlungen, den Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien, wie zum Beispiel Berufungskommissionen, zu erhöhen, nur bedingt etwas für die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen. Frauen sind nicht automatisch sensibilisiert gegenüber eigenen Stereotypen und allein aufgrund ihres biologischen Geschlechts nicht immer willens und kompetent, in Gremien die Auswahl entsprechend qualifizierter Frauen durchzusetzen.

**duz** *Was empfehlen Sie stattdessen?*

**Welpé** Man sollte bei Regel- und Prozessänderungen ansetzen, da diese effektiver sind als Schulungen einzelner Personen. Das ist wie bei der Mülltrennung: Wir wissen alle, dass wir den Müll trennen sollen, aber erst wenn es Regeln gibt, greift es und wird umgesetzt.

**duz** *Können Sie Beispiele nennen?*

**Welpé** Man kann in Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen kleine Stolpersteine in den Prozess einbauen, die verhindern, dass unsere Erwartungen und Stereotype voll zum Tragen kommen. Denn Stereotype schlagen vor allem dann zu, wenn Situationen nicht eindeutig sind. Dann füllen wir die Informationslücke mit unseren Erwartungen. Gäbe es realistisch definierte Anforderungskataloge an Bewerberinnen und Bewerber und ihre Qualifikationen, die nach einem einheitlichen Punktesystem bewertet würden, so kämen unbewusste Stereotype weniger zum Tragen. Eine Option wäre, das Geschlecht des Bewerbers in seinen Unterlagen vor Begutachtung zu schwärzen.

Das Gespräch führte Tina Bauer.

## Ausschreibungen aus Europa

### Stipendium

#### Forschen an der Europa-Universität

**Budapest** Wissenschaftler, die ein Jahr an der zentralen Europa-Universität CEU (Central European University) in Budapest forschen und anschließend publizieren wollen, können sich für ein Stipendium bewerben. Finanziert wird das Visiting Research Fellowship vom Higher Education Support Program von der Open Society Foundation. Die Unterstützung erfolgt drei oder sechs Monate mit rund 1350 Euro monatlich plus Reise und Unterkunft. Bewerbungsschluss ist am 1. Oktober.

→ Internet: [www.ceu.hu/academics/research/support/vrf](http://www.ceu.hu/academics/research/support/vrf)

### Qualitätssicherung

#### Vorträge für Konferenz in der Türkei gefragt

**Sakarya** Für die Konferenz zur Qualitätssicherung der Hochschulbildung ICQH (International Conference on Quality in Higher Education) können Forschungsergebnisse eingereicht werden. Die Tagung wird vom 12. bis 14. Dezember an der Universität von Sakarya in der Türkei stattfinden. Beiträge oder Poster sind bis zum 1. Dezember abzugeben.

→ Internet: [www.oia.uvic.ca/?q=node/1134](http://www.oia.uvic.ca/?q=node/1134)

### Mobilität

#### Nachwuchsforscher aus dem Ausland holen

**Konstanz** Ausländische Nachwuchswissenschaftler sowie deutsche Forscher im Ausland können sich für ein fünfjähriges Fellowship an der Uni Konstanz bewerben. Als eine von drei Unis in Deutschland hat Konstanz eine Kofinanzierung von 6,24 Millionen Euro erhalten und das Zukunftskolleg Incoming Fellowship Programme (ZIF-Marie-Curie-Programm) eingerichtet. Bewerbungsschluss ist der 30. September.

→ Internet: [www.forschung.uni-konstanz.de/forschungssupport/aktuelles/ausschreibungen/#c138262](http://www.forschung.uni-konstanz.de/forschungssupport/aktuelles/ausschreibungen/#c138262)



Foto: jedi-master/fotolia.de

Ob jung, alt, arm oder reich: Lebenslanges Lernen für alle – diese Vision soll in wenigen Pilotstädten Realität werden.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



**Helsinki, Windhoek und Peking treten ab kommendem Oktober an, um den Metropolen dieser Welt zu zeigen, wie lebenslanges Lernen für alle gelingt. Besonders gefordert in dem Prozess: die Hochschulen.**

Eva Keller

## Bildungsgerechtigkeit

# Unesco startet ein Programm für lebenslanges Lernen in Pilotstädten

**Hamburg** Das Bekenntnis zum lebenslangen Lernen gehört heute zum guten Ton der Bildungspolitik. Doch der Schritt vom Wort zur Tat ist schwer. Das Unesco-Institut für lebenslanges Lernen UIL in Hamburg arbeitet seit seiner Gründung vor mehr als 60 Jahren darauf hin, den Zugang zu Bildung für alle Menschen gleichermaßen zu öffnen. Versucht wird das über politische Strategien und Kampagnen ebenso wie über Projekte in Bildung und Forschung.

In diesem Herbst nun startet ein neues Programm: Learning Cities – lernende Städte. Was genau darunter zu verstehen ist, wird bei der Auftaktkonferenz vom 21. bis 23. Oktober in Peking diskutiert. Etwa 500 Vertreter großer Städte, Bildungspolitiker und Experten aus aller Welt werden zu der Tagung erwartet, um die Charakteristika einer lernenden Stadt herauszuarbeiten. Die Konzentration des UIL auf Metropolen kommt nicht von ungefähr: Bereits heute lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten. Sie bilden den Rahmen für das lebenslange Lernen der meisten Bürger.

Bietet eine Stadt wirklich all ihren Einwohnern – vom Vorschulkind bis zum Erwachsenen – gleichermaßen Bildungschancen? Gibt es öffentliche Orte zum Lernen

sowie den offenen Zugang zu Computer und Internet? Sorgt die Stadt dafür, dass sich Berufstätige und Arbeitslose weiterbilden können? Verfügt sie über ausreichend und qualifiziertes Lehrpersonal? Motiviert die Stadt durch Veranstaltungen oder Wettbewerbe ihre Bürger überhaupt zum Lernen? Dies sind einige Fragen, die sich Städte mit dem Anspruch auf lebenslange Bildung für alle künftig stellen sollten. Antworten darauf sollen in einem Pilotprojekt des Unesco-Programms erarbeitet werden. Helsinki, Windhoek und Peking sind als Pilotstädte bereits nominiert. Eine brasilianische Stadt wird noch hinzukommen.

Nehmen die vier Metropolen diese Aufgabe ernst, werden sie all ihre Ressourcen mobilisieren, um Lernen zu ermöglichen. Das betrifft Stadtteilbüchereien ebenso wie Museen, Schulen, Volkshochschulen oder eben Universitäten. Ihnen weist die Unesco in dem Prozess eine Schlüsselrolle zu. „Hochschulen haben das fachliche und das praktische Wissen, um alle Lernaktivitäten in einer Stadt zu unterstützen“, sagt Jin Yang, einer der Verantwortlichen für das UIL-Programm. Gefragt sei zudem die universitäre Forschungskompetenz: „Die Sozialwissenschaften müssen Lösungen finden,

wie wir eine inklusive Gesellschaft aufbauen, wie wir Arbeit schaffen und so weiter“, sagt Jin Yang. Hochschulen müssten sich auf eine steigende Zahl älterer Studierender einstellen. Während es in Asien Hochschulen gäbe, die sich speziell an Studienwillige richten, die bereits im Berufsleben stehen, hätten deutsche Hochschulen bei Studienangeboten und Studienbedingungen häufig noch das Bild des 18-jährigen Abiturienten im Kopf. Heute – und erst recht in einer Stadt, in der sich Hochschulen als Dienstleister für eine Wissensvermittlung begreifen, die sich flexibel auf verschiedene Studierende einstellt.

Einmal erarbeitet, sollen die Charakteristika lernender Städte den Bürgermeistern der jeweiligen Pilotstädte als eine Art Checkliste an die Hand gegeben werden. Diese kann und soll in einem permanenten Austausch überprüft und weiterentwickelt werden. Andere Städte können den Prozess im Internet verfolgen und mitgestalten. Im kommenden Oktober wird dafür eigens eine Plattform freigeschaltet. Die Pilotstädte erhalten für ihre Teilnahme kein zusätzliches Geld. Bewerbungen für eine zweite Runde sind nicht möglich.

→ Internet: [www.uil.unesco.org](http://www.uil.unesco.org)



*Die Last von Prism* Jeder Vierte fühlt sich im Netz nicht sicher, ergab eine Umfrage des Hightech-Verbands Bitcom. Die Vertrauenskrise infolge der US-Spähaffäre belastet demnach auch digitale Wirtschaft.

→ Link: [www.bitkom.org/files/documents/BITKOM\\_PK\\_Sicherheit\\_im\\_Netz\\_Charts\\_25\\_07\\_2013.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_PK_Sicherheit_im_Netz_Charts_25_07_2013.pdf)

## Nachhaltigkeit

### Manchester hat im Ranking die Nase vorn

**Oxford/Manchester** Es gibt jede Menge Studiengänge für nachhaltigen Tourismus und nachhaltige Forstwirtschaft. Viele Hochschulen bemühen sich darüber hinaus auch, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Mit der Erklärung der Hochschulrektorenkonferenz und der deutschen Unesco-Kommission „Hochschulen für eine Nachhaltige Entwicklung“ wurde der Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit zudem bereits vor drei Jahren politisch unterstrichen. Trotzdem: Nachhaltigkeit ist noch lange nicht flächendeckend Realität an Hochschulen.

Die Manchester Metropolitan Universität macht vor, was andere Hochschulen in Zeiten von Klimawandel, sozialer Ungleichheit und knapper werdenden Ressourcen für mehr Nachhaltigkeit tun können: fair gehandeltes Mensa-Essen, Mülltrennung auf dem Campus, Kampagnen und Events zum Klimawandel und ein gezieltes Umweltmanagement an der Hochschule. Kürzlich ist die Universität Manchester dafür belohnt worden: Im Ranking People and Planet Green League 2013 steht sie ganz oben und ist damit Großbritanniens grünste Uni.

Erstellt wird das Ranking vom Studenten Netzwerk People and Planet mit Sitz in Oxford. Bereits zum siebten Mal sind die britischen Hochschulen in Sachen Nachhaltigkeit und Ethik evaluiert worden. 143 Hochschulen waren es in diesem Jahr. Dabei werden der Wille und das Engagement bewertet, ob und wie die Hochschule Umweltpolitik betreibt. Kriterien sind Umweltpolitik, Kohlenstoff-Management, die tatsächliche Kohlenstoff-Reduktion, Recycling, Energieeffizienz, nachhaltige Ernährung, Wasserverbrauch, ethische Auftragsvergabe und nachhaltige Lehre.

Das Ranking offenbart, dass insbesondere jüngere Hochschulen um Nachhaltigkeit bemüht sind. Fast jede zweite der gerankten Unis hat die volle Punktzahl für die Integration von Nachhaltigkeit in den Lehrplan erhalten. tb

→ Internet: <http://peopleandplanet.org/greenleague>

## 25 Jahre Magna Charta Universitatum

### Stiftungsvertreter mahnt: Grundwerte akademischer Freiheit sind fragiles Gut

**Autonomie und Freiheit von Forschung und Lehre – vor 25 Jahren sind die Grundfesten wissenschaftlichen Lebens in der Magna Charta Universitatum festgeschrieben worden. Seitdem haben 755 Hochschulen aus 80 Ländern die Leitlinien unterschrieben.**

**Bologna** Institutionelle Unabhängigkeit, akademische Freiheit und intensives Zusammenspiel von Forschung und Lehre: „Auch wenn auf den ersten Blick die Werte, die in der Magna Charta Universitatum niedergelegt sind, von manchen als selbstverständlich oder gar veraltet angesehen werden könnten, ist ein Bekenntnis zu ihnen auch heute für deutsche Hochschulen erstrebenswert“, sagt Jens Jungblut. Der Politikwissenschaftler, der momentan an der Universität Oslo promoviert, ist Mitglied des Magna Charta Observatory Councils. Dies ist der Verwaltungsrat der Stiftung, die nur zu dem Zweck gegründet wurde, die Werte der Magna Charta Universitatum zu verbreiten und zu fördern.

Im Jahr 1988 haben weltweit rund 380 Hochschulrektoren das zweiseitige Dokument als Selbstverpflichtung unterzeichnet. Inmitten des Kalten Krieges sollten die Werte universitären Lebens grenzübergreifend verankert sein.

Am 19. und 20. September wird das 25-jährige Bestehen der Präambel gefeiert. Organisiert wird die Tagung vom Magna Charta Observatory, das seinen Sitz an der Universität Bologna hat. Unter den bisher 755 Unterzeichnern sind auch 31 deutsche Hochschulen. Eine weitere wird am Jubiläumstag das Dokument unterschreiben: die Universität Mainz, an der Jens Jungblut seinen Abschluss als Politikwissenschaftler gemacht hat.

Die Stiftung wurde 1999 von der damaligen europäischen Rektorenkonferenz, dem heutigen europäischen Universitätsverband EUA (European University Association), und der Universität Bologna ins Leben gerufen. In den vergangenen 25

Jahren haben sich die Bedingungen für Hochschulen verändert. „Prozesse wie die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Hochschulen und Landesregierungen, der Einfluss von Qualitätssicherungsmechanismen, Hochschulfusionen oder auch neue Finanzierungsmodelle können diese grundlegenden Werte bedrohen“, sagt Jungblut. Hier könne das Magna Charta Observatory Council in Konfliktfällen vermitteln, sei es beispielsweise durch Briefe an Ministerien, durch Workshops zu den Werten der Magna Charta oder jährliche Konferenzen der Hochschulleitungen. tb

#### Kontakt

**Jens Jungblut**

Mitglied im

Magna Charta Observatory Council

Mail: [magnacharta@unibo.it](mailto:magnacharta@unibo.it)

Internet: [www.magna-charta.org](http://www.magna-charta.org)

Foto: privat





**Schäfchen zählen** Wer den Mond für Einschlaf- und Durchschlafschwierigkeiten verantwortlich macht, kann sich jetzt sicher sein: Das ist korrekt. Schweizer Forscher fanden nämlich heraus, dass die volle Kugel am Nachthimmel das blanke Aufputzmittel ist. Foto: deviantART/fotolia.de

→ Studie: [www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0960982213007549](http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0960982213007549)

Sie gelten als Wiege des Wissenstransfers, und das nicht nur in Deutschland. Weltweit werden Technologieparks eröffnet, in denen Wirtschaft und Wissenschaft Seite an Seite arbeiten. Deren Lobbyverband gewinnt an Zulauf.

Wissenschaftsparks

# Eine Handvoll Deutsche spielt in der Weltliga des Technologietransfers

**Brüssel** Von wegen Wirtschaftskrise. Der internationale Verband der Wissenschaftsparks IASP (International Association of Science Parks and Areas Innovation) zumindest merkt nichts davon. Die Mitgliederzahlen steigen seit Jahren kontinuierlich. Demnächst wird die 400-er-Marke geknackt. Im Verband versammelt sind derzeit rund 130000 Unternehmen – weltweit. Welche Wirtschaftsleistung die Parks zusammengerechnet hervorbringen, lässt sich schwer beziffern, wohl aber an einzelnen Beispielen ermesen. Der Technologie- und Wissenschaftspark in Berlin-Adlershof etwa brachte es nach eigenen Angaben mit seinen knapp 15000 Beschäftigten in rund 950 Unternehmen im vergangenen Jahr auf einen Umsatz von 1,7 Milliarden Euro.

Nun gehört Adlershof mit einer Gesamtfläche von 4,2 Quadratkilometern zwar weltweit zu den größeren Wissenschaftsparks, doch kommt auch den weniger leistungsstarken Parks in ihren jeweiligen Ländern eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer zu. Einmal im Jahr kommen deren Vertreter zu einer Konferenz aus allen Erdteilen zusammen. Dieses Jahr findet das Treffen im brasilianischen Recife vom 14. bis 17. Oktober statt.

Aus Deutschland mit dabei: Hardy Rudolf Schmitz. Schmitz ist Geschäftsführer bei Wista Management, der Gesellschaft, die den Wissenschaftspark Adlershof

entwickelt. Ab Oktober wird er als IASP-Beiratschef selbst ein Wörtchen in dem Verband mitzureden haben. Dessen Jahreskonferenz stellt für Schmitz nichts Geringeres dar als ein Treffen der „Weltliga“ im Wissenstransfer.

Eben dieser internationalen Liga gehören neben Berlin-Adlershof gerade einmal vier weitere Wissenschaftsparks aus Deutschland an: der Technologiepark Heidelberg, der Technologiepark Ostfalen, der Technologie Park Herzogenrath/Aachen und das Wissenschaftszentrum Kiel.

.....

**„Es gibt in Deutschland niemanden, von dem wir lernen können.“**

.....

Doch was ist mit den anderen Technologieparks, was mit den Gründerzentren? Sie vernetzen sich auch, aber eben auf nationaler Ebene.

Seit den 80er-Jahren entstanden mit dem industriellen Strukturwandel in Deutschland Wissenschafts-, Technologie- oder Innovationsparks. Ziel war, die Wirtschaftskraft in den Regionen zu stärken, in denen traditionelle Industrien weggebrochen waren. „Industrieimmobilien standen zum



Teil leer und sollten einer neuen Nutzung zugeführt werden, möglichst so, dass neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen“, sagt Andrea Glaser, Geschäftsführerin des deutschen Verbandes für jene Parks. Der Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (ADT) wurde kurz nach der Eröffnung der ersten Zentren in Aachen, Dortmund und Karlsruhe gegründet. In diesem Jahr feiert er sein 25-jähriges Bestehen.

Die umliegende Region profitiert von der Wirtschaftskraft, die aus der räumlichen Bündelung von Forschung und Wirtschaft entsteht. Das ist im Interesse von Kommunen und Ländern, die deshalb auch diejenigen sind, die die Betreuung der Parks finanzieren. Bei den 162 Mitgliedern und Partnerorganisationen des ADT steht das Thema Gründung und Firmenansiedlung im Mittelpunkt, erklärt Andrea Glaser. „Das Wort Wissenschaftspark gebrauchen wir deshalb nur selten“, sagt sie. Im Verband sind vom Gründerzentrum mit Uni-Anbindung



Thomas Diefenthal ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands deutscher Innovations-Technologie und Gründerzentren, ADT.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: Wista-Management GmbH/www.adlershof.de

Forschen, entwickeln und absetzen: Wissenschaftsparks wie der in Berlin-Adlershof sollen die Wirtschaft anschieben.

bis zum Biotech-Park mit millionenschweren Firmen Areale unterschiedlichster Größe und Ausrichtung organisiert. Auch der Wissenschaftspark Adlershof ist Mitglied im deutschen Netzwerk ADT. Doch bei Fragen rund um die strategische Ausrichtung seines Parks setzte Hardy Rudolf Schmitz eher auf das internationale Netzwerk.

„Bei der diesjährigen Konferenz steht das Thema Städtebau und Wissenschaftsparks im Mittelpunkt“, sagt Schmitz. Ein Thema, mit dem man sich auch in Adlershof beschäftigt. Denn die Wissenschaftsstadt soll kein Satellit sein, der außerhalb der Metropole Berlin schwebt, sondern sich in sie einfügen. Dazu gehört auch, dass es im Park selbst Infrastruktur wie Shops, Kneipen und Restaurants gibt, die sogenannte „weiche Ware“, die eine Atmosphäre schafft, in der man nicht nur gerne forscht und arbeitet, sondern auch lebt. Das ist in einem großen Park wie Adlershof alles andere als leicht.

In Deutschland gibt es kaum Vorbilder. Und so misst sich Schmitz eher mit den

internationalen Kollegen als mit den deutschen. „Es gibt in Deutschland niemanden, von dem wir lernen können“, sagt der Wista-Geschäftsführer selbstbewusst. Seit sechs Jahren gehört Adlershof nun zu den IASP-Mitgliedern.

Der Verband selbst existiert mittlerweile seit knapp drei Jahrzehnten. 1984 gegründet nimmt er nur Mitglieder auf, die den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Unternehmen und Märkten nachweislich anregen und fördern. Darüber hinaus sollen IASP-Mitglieder die Gründung und das Wachstum innovativer Unternehmen unterstützen und die dafür nötige Ausstattung bereitstellen. Wer diesem Profil entspricht, kann dem Verband beitreten. Der Mitgliedsbeitrag ist nach Größe und Umsatz gestaffelt und beläuft sich auf maximal 1700 Euro im Jahr.

→ Internet: [www.iasp.ws/web/guest/home](http://www.iasp.ws/web/guest/home)

Ulrike Thiele ist Journalistin in Berlin.

## Interview

### „Internationalisierung betreiben die Firmen“

Erst die Region, dann das Land, dann die Welt. Der Regensburger Gründerparkchef Thomas Diefenthal über die Prioritäten deutscher Technologieparks beim Lobbying.

**duz** Warum vernetzen sich deutsche Wissenschaftsparks nur national?

**Diefenthal** Man muss den Kundennutzen der verschiedenen Verbände sehen. Ein Technologiepark ist dafür zuständig, dass sich Firmen darin gründen oder ansiedeln. Uns interessiert, wie wir unseren Firmen bei Förderung, Zertifizierungen, Energiefragen oder Zulassungen helfen können. Darauf hat der Bundesverband deutscher Technologiezentren ADT eher Antworten, weil er sich in den deutschen und europäischen Fragen auskennt. Die Internationalisierung betreiben die Firmen ab einer gewissen Größe über ihre Kunden selbst. Dazu brauchen sie uns nicht.

**duz** Was ist mit den Parkbetreibern?

**Diefenthal** Für das Zentrum geht es in erster Linie um das regionale Vernetzen. Es kostet viel Geld und muss politisch in der Region gewollt sein. Das heißt, es müssen Fragen der Finanzierung geklärt werden. Später geht es darum, wie der Technologietransfer vor Ort möglichst reibungslos funktioniert. Natürlich macht Internationalisierung für die Parks Sinn. Doch dafür müssen wir uns nicht in einem Verband organisieren. Wir gehen etwa gezielt auf Messen in den USA oder Asien.

**duz** Was bietet der ADT?

**Diefenthal** Der ADT leistet Lobbyarbeit, vor allem auf EU-Ebene. Denn dort werden schnell mal alle 1000 Zentren in Europa über einen Kamm geschert, ohne dass auf spezielle nationale Eigenarten eingegangen wird. Darüber hinaus liefern sich die Mitglieder im ADT gegenseitig „Best Practice“-Beispiele.



Der Rotstift ist angesetzt an die Hochschulbudgets Europas, auch in Großbritannien. Ein Bericht zeigt nun, wie die Universitäten auf der Insel Verwaltung, Forschung und Lehre auf Effizienz trimmen – und dabei gutes Geld sparen.

agenda

hochschule

forschung

**kontakte**

ticker

brennpunkt



Foto: N8 Research Partnership

Sarah Jackson

Benjamin Haerdle

### Sparmaßnahmen

## Durch Kooperationen können Hochschulen effizienter sein

**Manchester** Den Universitäten in Großbritannien geht es nicht anders als vielen anderen Hochschulen in Europa: Sie müssen den Gürtel enger schnallen. Effizienz lautet deshalb das Schlagwort, das in den Leitungsebenen der Hochschulen auf der Insel in aller Munde ist. Eine Fülle von Sparmöglichkeiten hat Sarah Jackson im Auftrag des britischen Wirtschaftsministeriums zusammengetragen. Sie leitet den aus acht forschungsstarken Universitäten in Nordengland bestehenden Hochschulverband N8 Research Partnership mit Sitz in Manchester. Veröffentlicht hat Jackson die Sparbeispiele im Bericht „Making the best better“ ([www.n8research.org.uk/assets/files/EfficiencyReportFinal.pdf](http://www.n8research.org.uk/assets/files/EfficiencyReportFinal.pdf)). Ihre Bilanz: Rund 1,6 Milliarden Euro haben die Unis zwischen 2005 und 2011 weniger verbraucht. „Diese Einsparungen sind in neue Lehrmittel, Forschungslabore und in die Gewinnung neuer Erkenntnisse investiert worden“, sagt Jackson. Schließlich gehe es insgesamt darum, besser und effektiver zu sein.

Innovative Lösungen hat Jackson beispielsweise in Leeds entdeckt. Die Universität Leeds spart jedes Jahr etwa eine Million Euro an Energiekosten, indem sie Wärme und Strom aus einem gemeinsamen Blockheizkraftwerk mit einer benachbarten Klinik gewinnt. Oder die Uni Newcastle: Die Hochschule analysierte mehr als ein Jahr lang in einem Projekt, wie sie beim Einkauf

von Materialien für die eigene Einrichtung sparen kann. Mit einer neuen Software und einem elektronischen Rechnungsstellungssystem sparte die Hochschule über wegfallende Personalkosten fast zwei Millionen Euro. Das Geld investierte die Hochschule in die Lehre. Die Bibliothek hat nun sieben Tage die Woche rund um die Uhr geöffnet, Hörsäle und IT-Infrastruktur wurden modernisiert, Beratungsstellen für Studierende ausgebaut.

Potenzial, effektiver zu werden, sieht Jackson auch in der Forschung. „Universitäten teilen sich jetzt häufiger Forschungsgeräte mit anderen Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen“, sagt sie. Wissenschaftler der N8-Universitäten arbeiten beispielsweise gemeinsam mit Forschern aus zwei Stromkonzernen in einem Hochleistungscomputerzentrum. Berührungspunkte mit Unternehmen oder konkurrierenden Forschern hält die Direktorin für falsch: Wissenschaftler sollten daran interessiert sein, die modernste Technik bestmöglich für die Forschung zu nutzen.

Und auch bei der Nachwuchsförderung sollten die Hochschulen stärker zusammenrücken. Vorbildlich schlossen sich die Physik-Abteilungen der Unis Birmingham, Nottingham und Warwick zur Midland Physics Alliance zusammen und gründeten eine gemeinsame Graduiertenschule. Das Ziel: Sie wollen so mit den Top-Universitäten in den USA und Europa konkurrieren.

---

#### Kontakt

---

**Sarah Jackson**

N8 Research Partnership

Mail: [info@n8research.org.uk](mailto:info@n8research.org.uk)

Internet: [www.n8research.org.uk](http://www.n8research.org.uk)



Eva Egron-Polak ist Generalsekretärin der International Association of Universities.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

## Forschungsinformationen

### Europäisches Netzwerk für den Super-Standard

**Voorschoten** Egal ob für Evaluationen, Akkreditierungen oder Berichte an die Ministerien – Hochschulen müssen immer öfter Rechenschaft ablegen, was in Sachen Forschung in ihrer Institution passiert. Um dieser Flut von Datenabfragen Herr zu werden und den Informationsaustausch von Forschungseinrichtungen zu erleichtern, hat der Wissenschaftsrat Anfang des Jahres empfohlen, Forschungsdaten wie Veröffentlichungen, eingeworbene Drittmittel, Patente oder Forschungsprojekte zu standardisieren. Basieren sollten die Datenmodelle auf dem sogenannten Cerif-Standard (Common European Research Information Format), den auch die EU-Kommission den Forschungseinrichtungen ans Herz legt.

Rund 170 Cerif-Experten, zumeist internationale Hochschulmanager, Wissenschaftler und Unternehmer, sammeln sich derzeit im Netzwerk Eurocris (European Current Information Systems). Der Anspruch: „Wir wollen nicht nur Wissen und Informationen zu Cerif austauschen, sondern den Standard auch in Projekten mit strategischen Partnern aus der Wirtschaft weiterentwickeln“, sagt Dr. Ed Simons. Der Projektmanager für Informationssysteme der Universität Nijmegen steht Eurocris seit Jahresbeginn als Präsident vor.

Eurocris bietet den Mitgliedern Konferenzen, Mitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und Arbeitsgruppen an, um sich besser zu vernetzen. 50 Euro kostet die Mitgliedschaft für Einzelpersonen im Jahr, 250 Euro für Einrichtungen, aus denen bis zu fünf Personen an den Treffen teilnehmen können. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 14. und 15. November in Porto statt. hbj

#### Kontakt

**Dr. Ed Simons**

Eurocris

Telefon: +31/6 53187431

Mail: eurocris@eurocris.org

Internet: www.eurocris.org

## Hochschulzugang

### Wie der soziale Aufstieg an die Hochschule gelingen kann

**Junge Menschen aus sozial schwachen Familien und Migranten schaffen es selten an Deutschlands Hochschulen. Wie das besser klappen könnte, soll ein internationales Projekt herausfinden. Deutsche Hochschulen beteiligten sich nicht daran.**

**Paris** Noch hält der Studierendenansturm an Deutschlands Hochschulen infolge des Wegfalls der Wehrpflicht und der doppelten Abiturjahrgänge an. Doch nicht mehr lange, dann werden die Studierendenzahlen abnehmen. Dann werden Ideen gefragt sein, wie bildungsfernen Gruppen der Weg in die Hörsäle geebnet werden kann. Weil vor dieser Herausforderung Hochschulen weltweit stehen, hat der Hochschulverbund IAU (International Association of Universities) im Frühjahr ein Projekt initiiert. Inhalt: Ideen, was Hochschulen tun können, um mehr junge Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen zum Studium zu ermutigen und deren Studienerfolg zu erhöhen. 28 IAU-Mitgliedshochschulen nahmen an der Studie teil und füllten einen Fragebogen aus. Den werten IAU-Experten derzeit aus.

Ergebnisse will die IAU auf dem Kongress des Netzwerks EAN (European Access Network) veröffentlichen. Dieser findet zwischen dem 7. und 10. Oktober in Montreal statt. Erste Trends aus der Studie verrät IAU-Generalsekretärin Eva Egron-Polak, die das Projekt gemeinsam mit Elodie Boisfer koordiniert: „Unterrepräsentierte Studierendengruppen werden weltweit unterschiedlich definiert, aber es eint sie, dass diese jungen Menschen sozioökonomisch benachteiligt sind“, sagt Egron-Polak. Sie gelten als arm, die Eltern hätten kein hohes Bildungsniveau.

Eine weitere Erkenntnis: „Die meisten Einrichtungen haben erkannt, dass sie mehr tun müssen, um junge Menschen aus dieser Gruppe an die Hochschulen zu locken“, sagt sie. Noch werde zu wenig dafür getan, damit diese Menschen erfolgreich das Studium abschließen. „Es gibt zu wenige

Serviceangebote, Beratungsstellen oder Trainings für Dozenten im Umgang mit diesen Studierendengruppen“, sagt Egron-Polak. Der Grund: Dafür Personal einzustellen sei vielen Hochschulen zu kostspielig.

Abhängig ist das Engagement der Hochschulen für benachteiligte Studierende auch davon, wie stark sich die jeweilige Staatsregierung dafür einsetzt. In Australien und Neuseeland beispielsweise sammeln die Regierungen sehr detailliert Daten, wie die Hochschulen politische Vorgaben der Regierung umsetzen und wie sich der Hochschulzugang und der Studienerfolg beispielsweise der australischen Ureinwohner entwickelt. Entsprechend gut, sagt Egron-Polak, seien dort die Hochschulen bei der Förderung der Minderheiten.

Interessant hätte diese Selbsteinschätzung auch für IAU-Mitglieder aus Deutschland sein können, aber keine der neun deutschen Mitgliedshochschulen nahm daran teil. Über die Gründe kann die Generalsekretärin nur mutmaßen: „Vielleicht spielt das momentan für deutsche Hochschulen keine Rolle oder sie sind gerade in anderen Projekten involviert.“

Den IAU-Fragebogen will Egron-Polak nach der Tagung im Oktober auf der Internetseite von IAU veröffentlichen. „Hochschulen kann das Projekt einen neuen Schub geben, um noch mehr zu unternehmen, um den Zugang bildungsferner Schichten zu verbessern“, sagt Eva Egron-Polak. Die Hochschulen bekämen eine neue Sicht der Dinge, wenn sie sich vor Augen führten, was sie anbieten und was noch fehlt. Zudem sollen einige Erfolgsgeschichten aus dem Projekt in einem Bericht veröffentlicht werden. hbj

#### Kontakt

**Eva Egron-Polak**

International Association of Universities

Telefon: +33 (0)1 45 68 48 01

Mail: e.egronpolak@iau-aiu.net

Internet: www.iau-aiu.net



Foto: OECD/CC BY-NC-ND 2.0

Die neue Hochschulchefin Janet Napolitano wird für ihre bisherige Arbeit kritisiert.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

### Umstrittene Ernennung

## Ex-Ministerin Napolitano leitet Hochschule

**Berkeley** Janet Napolitano ist Mitte Juli zur neuen Präsidentin der University of California ernannt worden. Der Wechsel der bisherigen amerikanischen Heimatschutzministerin an die Uni stößt in ihrer Heimat auf Kritik. Die Studierenden der Hochschule sprachen sich gegen ihre Ernennung aus. Studentenvvertreterin Cinthia Flores begründete dies mit der hohen Zahl junger Menschen, die durch Napolitanos Behörde des Landes verwiesen wurden, darunter auch Studenten. Der kalifornische Literaturprofessor Dr. Christopher Newfield stört sich an der nicht vorhandenen akademischen Erfahrung: „Es ist nicht ihre Welt.“ Napolitano soll ihren Posten Ende September von Prof. Dr. Mark Yudof übernehmen. ce

→ Internet: [www.universityofcalifornia.edu](http://www.universityofcalifornia.edu)

### Terrorismus-Vorwürfe

## Türkei inhaftiert Wissenschaftler

**Ankara** Eine Kommission des International Human Rights Network of Academics and Scholarly Societies (IHRNASS) erhebt schwere Vorwürfe gegen die Türkei. Diese hat acht Wissenschaftler zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Einer von ihnen ist Prof. Dr. Kemal Gürüz, ehemaliger Vorsitzender des Hochschulrats der Türkei. Gegen alle acht wurde im Rahmen des Ergenekon-Prozesses vorgegangen, bei dem es Anfang August zu zahlreichen Verurteilungen wegen vermeintlicher terroristischer Aktivitäten gekommen ist. Die IHRNASS-Kommission, zu der auch der Tübinger Mediziner Prof. Dr. Hans-Peter Zenner zählt, gibt in ihrem Mitte Juli erschienenen Bericht an, gegen keinen der Wissenschaftler würden Beweise vorliegen. Die Kommission stellte zudem fest, dass die Hochschulen der Türkei einen deutlichen Verlust ihrer Unabhängigkeit haben hinnehmen müssen. ce

→ Internet: [www7.nationalacademies.org/humanrights/CHR\\_044113.htm](http://www7.nationalacademies.org/humanrights/CHR_044113.htm)

### Karriere

## Ursula Gather übernimmt Vorsitz bei Krupp-Stiftung

**Essen** Die Mathematikprofessorin und Rektorin der Technischen Universität Dortmund, Dr. Ursula Gather, übernimmt Anfang Oktober den Vorsitz des Kuratoriums der Essener Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Ihr Vorgänger, der Ruhr-Industrielle Berthold Beitz, war Ende Juli im Alter von 99 Jahren gestorben. Die Krupp-Stiftung ist größter ThyssenKrupp-Aktionär, verfügt dort über eine Sperrminorität und gehört zu den wichtigsten Förderern von Kunst und Wissenschaft in Deutschland. Gathers neue Aufgabe ist ein Ehrenamt. Sie führt ihre Amtszeit als Rektorin in den kommenden drei Jahren fort. hck

→ Internet: [www.krupp-stiftung.de](http://www.krupp-stiftung.de)

### Muslime

## Frankreich diskutiert Kopftuchverbot

**Paris** Frankreichs Hoher Rat für Integration hat Anfang August eine Diskussion über ein Kopftuchverbot an Universitäten entfacht, wie es seit 2004 an französischen Schulen herrscht. Mit Verweis auf den Laizismus empfiehlt der Rat, die Verschleierung muslimischer Studentinnen an Hochschulen zu untersagen, nicht aber religiöse Symbole allgemein. Während eine Mehrheit der Bevölkerung dem Vorschlag zustimmt, wies ihn Hochschulministerin Geneviève Fioraso zurück. Ein Studium sei „Faktor der Emanzipation“ für junge Muslime (s. Presseschau, S. 13). ce

→ Internet: [www.hci.gouv.fr](http://www.hci.gouv.fr)

### Sozial benachteiligte Studenten

## Großbritannien braucht mehr Master-Absolventen

**London** Die britische Regierung stellt umgerechnet 88 Millionen Euro zur Verfügung, um sozial benachteiligte Studenten zu fördern. Dies hat Hochschul- und

Wissenschaftsminister David Willetts Anfang Juli bekannt gegeben. Mit der Förderung soll den Studenten ein Postgraduiertenstudium ermöglicht werden. Hochschulen und Industrie sollen weitere 58 Millionen Euro dazugeben. Ein Postgraduiertenstudium sei gut für Studierende, Hochschulen und die Wirtschaft, sagte Willetts. Die Zahl der Postgraduierten ist zwischen 2010/11 und 2011/12 gesunken. Das Higher Education Funding Council for England unterscheidet zwischen Postgraduierten, die in erster Linie einen Master-Studiengang absolvieren, und anderen Postgraduierten. Die Anzahl Ersterer nahm um drei Prozent ab, die zweite Gruppe um elf Prozent. ce

→ Internet: [www.gov.uk/government/organisations/departement-for-business-innovation-skills](http://www.gov.uk/government/organisations/departement-for-business-innovation-skills)

### Immatrikulationsquote

## Indien macht Unis zum „Zentrum der Revolution“

**Neu-Delhi** Indien will seine Immatrikulationsquote bis 2020 von 19 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Dies hat der zuständige Minister Dr. MM Pallam Raju Mitte August bekannt gegeben. Um dieses Ziel zu erreichen, will das Land mit 1,2 Milliarden Einwohnern die Qualität der Hochschulbildung verbessern. Die Universitäten sollen laut Minister das „Zentrum der Revolution“ sein, mit der der Bildungsbereich verbessert werden soll. Auch an Schulen und Colleges soll das Niveau angehoben werden. ce

→ Internet: <http://mhrd.gov.in>

### Expansion nach Europa

## Malaiische Hochschule kauft Campus

**Kepala Batas** Das „Alliance University College of Medical Sciences“ aus Malaysia hat Mitte Juli einen kompletten Campus in London gekauft. Für den ehemaligen Trent Park Campus der Middlesex Universität hat sie umgerechnet 35 Millionen Euro gezahlt. Im Oktober wird die Medizinhochschule



*Singen Sie ein ausländisches Lied und Sie sprechen die Sprache. Nicht ganz, aber man lernt sie leichter. Das beweist ein Experiment der Uni Edinburgh. Versuchen Sie es, stimmen Sie mit Kollegen aus dem Ausland ein Lied an.*

Foto: szeyuen/fotolia.de

→ Studie: <http://link.springer.com/article/10.3758%2F13421-013-0342-5#page-1>

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

ihre Tätigkeit aufnehmen, allerdings vorläufig nur mit Studenten aus Malaysia. Die private Hochschule hat noch keine Zulassung als britische Universität und darf daher keine Briten unterrichten. Um eine solche bemüht sich die Hochschule jedoch. In Zukunft sollen neben Studenten aus Großbritannien und Malaysia insbesondere Studenten aus weiteren asiatischen Staaten rekrutiert werden. ce

→ Internet: [www.allianzeunicollege.edu.my/portal/](http://www.allianzeunicollege.edu.my/portal/)

#### Aalto Universität

### Deutsche und finnische Hochschule kooperieren

**Helsinki/Hamburg** Die finnische Aalto Universität Helsinki und die HafenCity Universität Hamburg haben Ende August eine intensive Zusammenarbeit beschlossen. Sie wollen in den Bereichen Architektur und Ressourceneffizienz in Architektur und Stadtplanung kooperieren. Zudem soll der Austausch von Studenten und Lehrenden vorangetrieben werden. Die Hamburger Hochschule hat für die Kooperationen die sogenannte Liaison-Professur geschaffen, die auch bei der Zusammenarbeit mit der finnischen Universität genutzt werden kann. Dabei übernehmen Lehrende aus Hamburg Patenschaften und treiben Forschungsaktivitäten voran. ce

→ Internet: [www.aalto.fi/en](http://www.aalto.fi/en)

#### Haushalt 2014

### Mehr Geld für dänische Hochschulen

**Kopenhagen** Die dänische Regierung will gemäß ihrem Haushaltsvoranschlag von Ende August für 2014 die Ausgaben für die sogenannte weitergehende Ausbildung um umgerechnet 340 Millionen Euro erhöhen. Davon fließen 120 Millionen Euro an Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Die Ausgaben für staatliche Stipendien werden um 214 Millionen Euro auf 2,7 Milliarden Euro angehoben. Für die öffentliche Forschung stehen 2014

insgesamt 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Das entspricht 1,09 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig wachsen in Dänemark Zweifel, ob die staatlichen Mittel für die Hochschulen effizient eingesetzt werden. Laut der Denkfabrik Arbejderbevægelsens Erhvervsraad braucht das Land jedes Jahr 6000 zusätzliche Arbeitsplätze, um alle Studienabgänger zu beschäftigen. In den gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen betrage die Arbeitslosigkeit nach dem Studium bereits 24 Prozent, heißt es in einem Ende August veröffentlichten Bericht (s. Presseschau, S.13). ce

→ Internet: [www.fivu.dk](http://www.fivu.dk)

#### Cyber-Attacken

### Studenten sollen Angriffe abwehren

**Stanford** Die US-amerikanische Stanford Universität hat ihre Studenten Mitte August aufgefordert, bei Angriffen aus dem Internet, sogenannten Cyber-Attacken, aufmerksam zu sein. Die Hochschule war im Juli Opfer eines Angriffes, mit dem sich die Täter vermutlich Zugang auf geistiges Eigentum verschaffen wollten. Alle Studenten

sollen möglichst komplexe Passwörter nutzen und diese regelmäßig ändern. Auch die Universität Delaware wurde im Juli angegriffen. Dort müssen Studenten nun eine Prüfung zu Internetsicherheit absolvieren, bevor sie eine Universitäts-E-Mail-Adresse erhalten. ce

→ Internet: [www.stanford.edu](http://www.stanford.edu)

#### Bildungsdebatte

### Streit um Studentenzahlen in Deutschland

**Bonn** Der Philosophie-Professor und ehemalige Kulturstaaatsminister Dr. Julian Nida-Rümelin hat davor gewarnt, dass zu viele junge Menschen studieren und zu wenige eine berufliche Ausbildung anstreben. Das sei die Folge eines Akademisierungswahns, sagte er Anfang September in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Dafür erntete der Sozialdemokrat viel Kritik, auch aus der eigenen Partei: „Wenn jetzt mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs studieren, ist das ein unverzichtbarer Beitrag für unseren Anschluss im internationalen Vergleich“, sagte beispielsweise die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles. rk

#### Hochschulforschung

### Das HIS wird neu strukturiert

**Hannover** Das Institut für Hochschulforschung und die Abteilung Hochschulentwicklung der Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH formen seit dem 1. September das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW). Die Abteilung Hochschul-IT verbleibe bei der HIS GmbH, gab das Unternehmen Ende August bekannt.

Wie der HIS-Geschäftsführer Wolfgang Körner im HIS-Magazin im August erklärte, befinde sich das DZHW „auf dem Weg zu einer Einrichtung, die die Standards der Leibniz-Gemeinschaft erfülle“. In fünf bis zehn Jahren könnten Bund und Länder die Weichen stellen, das DZHW in die Leibniz-Gemeinschaft zu überführen. Die Abteilung Hochschulentwicklung solle zudem

ab 2015 ausgegliedert werden, sagte Körner. Außerdem solle die Abteilung Hochschul-IT in eine Genossenschaft der Hochschulen umgewandelt werden.

Die Gründung des Zentrums hatten Bund und Länder auf der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz Ende Juni beschlossen. Sie setzten damit eine Empfehlung des Wissenschaftsrats (WR) um, der eine „Neuausrichtung des HIS-Instituts für Hochschulforschung“ empfohlen hatte (s. duz MAGAZIN 3/13, S. 32 ff.). Im April kommenden Jahres will der WR ein Positionspapier veröffentlichen, wie er die Hochschulforschung beurteilt. Darin analysiert er auch, ob das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung Teil des DZHW werden soll. hbj

Der österreichische Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle.



Foto: BMWFL - Hilzensauer

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

### Freier Zugang

## Kommission sieht Durchbruch

**Brüssel** Die Europäische Kommission hat Mitte August eine Studie vorgelegt, nach der 50 Prozent der 2011 veröffentlichten wissenschaftlichen Texte offen zugänglich sind. Die Kommission glaubt, dass der freie Zugang (Open Access) damit vor dem Durchbruch steht. Damit seien doppelt so viele Forschungsveröffentlichungen kostenlos zugänglich wie in bisherigen Studien angenommen. Ab 2014 fördert die Europäische Union nur noch Forschungsprojekte, die einen offenen Zugang bieten. ce

→ Internet: <http://ec.europa.eu/index.de.htm>

### Ranking

## Beste deutsche Ökonomen

**Frankfurt/Main** Prof. Dr. Lars Feld vom Walter Eucken Institut in Freiburg/Breisgau ist nach dem Anfang September veröffentlichten Ökonomen-Ranking der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands. Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin ist die Forscherin, auf die die deutsche Öffentlichkeit am meisten hört. hck

### Studie

## Jeder fünfte Promovierte bleibt in der Forschung

**Wiesbaden** Nur jeder fünfte Hochqualifizierte in Deutschland ist in der Forschung tätig. Rund 99 300 Beschäftigte mit Dokortitel arbeiteten im Jahr 2011 als Forscher. Das sind 19 Prozent aller erwerbstätigen Promovierten unter 65 Jahren, teilte das Statistische Bundesamt Ende August mit. Demgegenüber arbeiten 434 400 Doktoren außerhalb der Forschung. Als Grund gab rund ein Fünftel der befragten promovierten Forscher an, nur befristet beschäftigt zu sein. hck

### Studiengebühren

## Töchterle erstattet den Unis 19 Millionen Euro

**Wien** Österreichs Wissenschaftsminister Prof. Dr. Karlheinz Töchterle hat Ende August entschieden, allen 21 österreichischen Universitäten die Studiengebühren für das Wintersemester 2012/13 zu ersetzen. Insgesamt fließen damit 19 Millionen Euro Extragelder an die Universitäten. Ausgangspunkt war ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs: Demnach müssen acht Universitäten Studiengebühren, die sie von Studierenden erhoben hatten, zurückzahlen. Ursprünglich hatte Töchterle entschieden, die Gebühren nur an diese acht Universitäten zurückzahlen. Nach Protesten lenkte er ein. hbj

### Schuldenbremse

## Keine weiteren Zuschüsse mehr für Polen-Institut

**Mainz/Darmstadt** Die rheinland-pfälzische Landesregierung will ab 2015 ihre Beiträge für das Polen-Institut im hessischen Darmstadt streichen. Das geht aus

### Reformpläne in der Ukraine

## Professoren befürchten Korruption

**Kiew** Das ukrainische Bildungsministerium hat Anfang September einen Modellversuch gestartet. An zwölf Hochschulen ist es seitdem möglich, dass Absolventen eines Bachelor-Studiums für das anschließende Master-Studium ihr Fach wechseln. Für die Umsetzung dieser Praxis hatte die Kiew-Mohyla-Akademie bereits geklagt, den Fall jedoch verloren.

Unter Druck von Experten und Medien hat sich das Ministerium jedoch zu dem Versuch entschieden, wie Prof. Dr. Serhiy Kwit, Präsident der Akademie, Mitte Juli mitteilte. Kwit kritisierte jedoch, dass das Bildungsministerium unter Dmytro Tabatschnyk mit einer weiteren geplanten Reform die Korruption im Hochschulbildungssystem fördern würde. Nach Plänen des

dem Haushaltsplan für die Jahre 2014/2015 hervor, der Ende August vorgestellt wurde. Die Streichung des Zuschusses ist eine der Maßnahmen, mit der das Land den Spar-Druck durch die bevorstehende Schuldenbremse umsetzen will. Für seinen Jahresetat von knapp einer Million Euro erhielt das Institut bislang 216 000 Euro jährlich aus Rheinland-Pfalz. Am Institut wird zu polnischer Kultur, Politik und Geschichte geforscht. rk

### Begabtenförderung

## Kritik an Erhöhung des Büchergelds

**Berlin** Das Büchergeld für die Stipendiaten der zwölf Begabtenförderwerke ist zum September auf 300 Euro verdoppelt worden. Damit sollen die Geförderten nicht nur Literatur, sondern auch Computer und Software anschaffen dürfen. Die Erhöhung der Förderung löste Kritik aus. Der Freie Zusammenschluss der Studentinnenschaften (fzs) etwa forderte, dass stattdessen das BAföG angehoben werden solle. Das sei eine einkommensabhängige Förderung und damit sozial gerechter. rk



**69. Jahrgang**

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

**Herausgeber:**

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,  
E-Mail: w.heuser@raabe.de

**Redaktion:**

Leitende Redakteurin: Christine Prusky (py),  
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prusky@raabe.de  
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,  
E-Mail: hc.keller@raabe.de  
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,  
E-Mail: r.koch@raabe.de  
Tina Bauer, Tel.: 030 212987-32,  
E-Mail: t.bauer@raabe.de  
Redaktionsassistent: Anne-Katrin Jung (akj),  
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

**Adresse der Redaktion:**

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin  
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30, ISDN: -50  
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de  
Internet: www.duz.de

**Gestaltungsidee und Grundlayout:**

axeptDESIGN, Berlin

**Satz und Grafik:**

ESM Berlin

**Druck:**

Kessler Druck + Medien, Bobingen

**Ständige Autoren und Mitarbeiter:**

Dr. Bernd Armbruster, Benjamin Haerdle (hbj),  
Eva Keller (eke), Christine X. Müller, (cxm),  
Harald Olkus (olk), Textagentur Café Europe

**Titelfoto:** Wista-Management GmbH/www.adlershof.de

**Verantwortlich gemäß Pressegesetz:**

Christine Prusky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

**Anzeigenabteilung und Verlag:**

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation  
Irina Huck, Kaiser-Friedrich-Straße 90,  
10585 Berlin; Tel.: 030 212987-31, Fax: -30  
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2013.

**Kundenservice und Unternehmenssitz:**

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH  
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe  
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart  
Postfach 103922, 70034 Stuttgart  
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10  
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger;  
Stuttgart HRB 726594  
Ust.-IdNr.: DE 813031443

**Bezugsbedingungen:**

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA). Der Jahresbezugspreis beträgt 144 Euro, der Halbjahresbezugspreis 78 Euro (für Studierende, Promovenden und Referendare 41 Euro). Alle Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 EURO (für Studierende, Promovenden, und Referendare 35 EURO). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird Bezugs-, nicht Kalenderjahr bezogen gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Abo-Kündigung muss 6 Wochen vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.

ISSN-Nr. 1613 – 1290

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.

**Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:**

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

**Dänemarks Hochschulen funktionieren suboptimal**

**Kopenhagen** In Dänemark steigt die Zahl der Studierenden, doch die Qualität hält damit nicht Schritt, meint „Berlingske Tidende“. „Es ist gut, dass inzwischen 63 000 junge Menschen einen Studienplatz bekommen. Allerdings gibt es noch immer Probleme bei der Studienplatzwahl. Inzwischen studieren mehr junge Menschen Ingenieur- und IT-Fächer, aber es gibt noch immer zu wenig Lehrer. Das derzeitige System funktioniert nicht optimal. Noch immer wählen viele Studierende gesellschaftswissenschaftliche Fächer mit hoher Arbeitslosigkeit. Das steht auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Qualität der Universitäten. (...) Im Eifer, immer mehr junge Leute zum Studium zu holen, darf man nicht vergessen herauszufinden, wie die Qualität gesichert werden kann.“ (*Berlingske Tidende*, 30. Juli 2013)

→ Internet: [www.b.dk](http://www.b.dk)

**Respekt wirkt besser als Kopftuchverbot**

**Paris** Prof. Dr. Jean-Robert Pitte, Mitglied der französischen Akademie für Moral- und Politikwissenschaften und früherer Präsident der Pariser Sorbonne, spricht sich in „Le Monde“ für Mäßigung im Streit um ein Kopftuchverbot an Hochschulen aus: „Diese Frage hat bereits ein Gesetz geklärt, das 2004 nach stürmischen Debatten (...) beschlossen wurde. Es verbietet das Tragen jedes sichtbaren religiösen Symbols an Schulen, aber nicht an Hochschul-Einrichtungen (...). Den Universitäten steht es nicht zu, anders darüber zu entscheiden. (...) Es ist verständlich, dass die Regierung (...) den Kopftuch-Krieg nicht wieder aufflammen lassen will (...) und auch die Universitätspräsidenten nicht, (...) die jede Konfrontation auf ihrem Campus vermeiden wollen. (...) Jedem nutzt eine Haltung der Diskretion und des gegenseitigen Respekts.“ (*Le Monde*, 9. August 2013)

→ Internet: [www.lemonde.fr](http://www.lemonde.fr)

**Wissensökonomie Europa ist gescheitert**

**London** Europa ist mit seinem zu Beginn des Jahrhunderts geäußerten Vorhaben, innerhalb von zehn Jahren die wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Ökonomie der Welt zu werden, gescheitert, glaubt Prof. Dr. Meng-Hsuan Chou, akademische Koordinatorin des European Research Area Collaborative Research Network. „Die Krise hat Gelegenheiten für eher unternehmerisch orientierte Politiker geschaffen, (...) das Europa des Wissens nach ihren Vorstellungen umzubauen. Sie dient dazu, Ideen zu vermarkten. (...) Das Zusammenstreichen des finanziellen Rahmens (...) besonders für öffentliche Forschungseinrichtungen, wird zweifellos einen starken Einfluss haben, wie stark, wird sich noch zeigen.“ (*University World News*, 31. August 2013)

→ Internet: [www.universityworldnews.com](http://www.universityworldnews.com)

**Junge Forscher wollen wieder eine Perspektive**

**Brüssel** Junge Forscher an den flämischen Hochschulen leiden unter Bürokratie, Konkurrenzdruck und Publikationszwang, beklagen 150 Wissenschaftler in „De Morgen“. „Für die Lösung dieser Probleme braucht es nicht mehr Geld, sondern nur politische Initiative und die Bereitschaft, grundsätzlich über die höhere Bildung nachzudenken. (...) Künftig muss die Zahl der Publikationen bei der Finanzierung eine geringere Rolle spielen. Die Qualität muss stärker gewichtet werden als die Quantität. Zweitens müssen die Aufstiegsmöglichkeiten junger Forscher wieder überdacht werden. Sie müssen Zeit bekommen für innovative Forschung. Nötig ist auch eine echte Laufbahnplanung. (...) Nur wenn man sie nicht zwingt, zu überspezialisierten Publikationsproduzenten zu werden, können die jungen Forscher einen Mehrwert für die Gesellschaft und die Wirtschaft bieten.“ (*De Morgen*, 20. August 2013)

→ Internet: [www.demorgen.be](http://www.demorgen.be)

# Ihr unentbehrlicher Begleiter in der internationalen Hochschulkommunikation

Im Büro und unterwegs – dank praktischem PDF-Format  
Über 4000 Einträge plus verwandte Begriffe und Deutungen

Das Wörterbuch des Hochschulwesens ist ein Nachschlagewerk für all diejenigen, die Wörter aus dem administrativ-institutionellen Bereich der Hochschule ins Englische übersetzen möchten.



Mit diesem Helfer in allen Lebenslagen des Hochschulalltags finden Sie Einträge zu Themen wie Organisation, Lehrgebieten und -strukturen, Finanzen, Lebenswelt, Standort u. a.

Der Verfasser, Garrett Quinlivan, war 30 Jahre im Hochschuldienst tätig und verfügt über Erfahrungen an amerikanischen, britischen und deutschen Hochschulen.

<http://www.raabe.de>

- Hochschule/Wissenschaft/Studium
- E-Books

Berichtigte und aktualisierte  
2. Auflage 2009, 176 Seiten



*International Higher Education* is the quarterly publication of the Center for International Higher Education.

The journal is a reflection of the Center's mission to encourage an international perspective that will contribute to enlightened policy and practice. Through *International Higher Education*, a network of distinguished international scholars offers commentary and current information on key issues that shape higher education worldwide. *IHE* is published in English, Chinese, Russian, and Spanish.

### International Student Recruiting

---

- 2 The Pursuit of International Students in a Commercialized World  
Philip G. Altbach and Liz Reisberg
- 4 In Search of Solutions for the Agent Debate  
Rahul Choudaha
- 6 International Recruitment: Oversight and Standards  
David Engberg
- 7 International Admissions: Ethical Challenges  
Daniel Zaretsky
- 9 Barefaced Cheating in China's Bull Market for Fraud  
Jon Marcus

### International Issues

---

- 11 Professors: The Key to Internationalization  
Gerard A. Postiglione and Philip G. Altbach

### Africa Focus

---

- 13 Government and Governance Reforms in Africa  
N. V. Varghese
- 14 New Reforms in Kenya  
Ishmael I. Mumene

### Quality Assurance Issues

---

- 16 Quality Regimes in Africa  
Juma Shabani
- 18 The Problems with Cross-Border Quality Assurance  
Kevin Kinser and Jason E. Lane

### Countries and Regions

---

- 20 The Founding of University of the Chinese Academic of Sciences  
Qiang Zha and Guangli Zhou
- 21 Missions and Ambitions for Russian Universities  
Tatiana Kastouéve-Jean

## Introduction

Although this publication has tended toward more scholarly content, the editor believes that the policy debate about international student recruitment merits discussion here. As more institutions worldwide pursue international enrollment to meet different objectives, the process of recruiting students is undertaken in new ways that bring into question ethical standards of practice and raise concerns about how to protect the interests of various actors, particularly students. The articles presented here discuss aspects of this topic from several perspectives.

---

## The Pursuit of International Students in a Commercialized World

**PHILIP G. ALTBACH AND LIZ REISBERG**

*Philip G. Altbach is Research Professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu. Liz Reisberg is president of Reisberg & Associates. E-mail: reisberg@gmail.com.*

**G**lobal student mobility creates big business. Approximately 3 million students are studying abroad, contributing more than US\$75 billion to the global economy. There are multiple reasons for choosing to study abroad, among them a desire to increase employability in the home labor market, the inability to find relevant study opportunities at home, and the desire for migration.

The motivations of countries and universities recruiting international students are equally complex and increasingly commercial. Many countries and institutions depend on international student enrollments to balance academic budgets. In some cases (Australia, for example), government policy has identified international higher education—including foreign study in Australia, branch campuses, and other initiatives as a significant income stream for higher education. The United Kingdom similarly views international education as a source of income, charging non-European Union foreign students higher fees. Increasingly, American universities also see international education as an income stream. At least two states, Washington and New York, are considering higher tuition for international students.

Recent research shows that international students constitute the large majority of students in some science, tech-

nology, engineering, and mathematics fields in a number of key developed countries, including the United States. Thus, a recent study noted that more than 95 percent of graduate students in electrical engineering and computer science are international students at some key American universities. Many American universities have become dependent on international students to serve as graduate teaching and research assistants.

### GETTING INFORMATION AND GUIDANCE

Traditionally, when a student wanted to study abroad, he or she elected a destination country, researched academic institutions, locations, degree availability, and costs and applied directly to an academic institution. In the past, most people seeking foreign study were looking for graduate or professional qualifications and were typically from families with some international exposure. As long as the numbers were modest, this informal system of obtaining information through personal networks worked reasonably well. Additionally, prospective students could acquire additional information and support from a number of government and university-sponsored agencies—such as, EducationUSA, the British Council, Campus France, the German Academic Exchange Service (DAAD), and others. These organizations maintain centers in major cities around the world and provide objective information about academic opportunities in the country that sponsors them. With the rise of the Internet and university Web sites, it became easier to search for universities directly from their respective Web sites.

As numbers of mobile students have grown and diversified during the past decade, this independent approach to researching opportunities ceased to meet the needs of less cosmopolitan students and families from the burgeoning middle classes, particularly in countries such as China and India, who seek study opportunities abroad.

There are private professional admissions consultants in many major cities who provide advising services to orient prospective students to appropriate opportunities abroad. These consultants may also guide their clients through the unfamiliar terrain of the admission process. The most professional consultants develop a broad knowledge of overseas institutions and admission practices and seek to match a student's needs, academic abilities, and objectives to an appropriate overseas destination. They receive a fee from the student for this service. Although they may develop relationships with admissions officers around the world, in order to remain up to date with current information, there are no contractual agreements with any foreign universities. Many of these consultants belong to professional organizations—such as, the Association of International Graduate Admissions Consultants—to collect data, share experience, and define ethical standards of practice.



### AGENTS AND RECRUITING SHORTCUTS

Perhaps the largest and certainly the most controversial recent development is the emergence of agents and recruiters who work for specific universities and funnel students their institutional clients. Agents and recruiters hired on a commission basis have become big business in China and India, but they exist throughout the developing world. No one knows for sure how many agents are operating in the world—no statistics are available—and their activities are unregulated. Most agencies are staffed by entrepreneurs who may or may not have any knowledge about higher education in the countries to which they are sending students other than the information supplied by their university clients. There are a few large agencies with international branch offices and international events—such as the International Development Programme, an Australian-based company with operations worldwide—but most are smaller shops with limited staff.

In essence, agents work for a limited number of universities where they receive a commission for each successful placement. The commission paid varies but often falls in the range of 15 to 20 percent of the first-year fees—this can amount to US\$4,000–6,000 or more. Obviously this is an attractive incentive for agents to push specific institutions. Some US universities use large numbers of agents. For example, the University of Cincinnati lists more than 120 agents on its Web site, including 46 in India alone.

### QUESTIONS RAISED

However, no one doubts that the task of researching study-abroad opportunities is daunting. The question is how to acquire the information and support needed and how to recognize the risks. Agents are appealing shortcuts for students as well as for universities that wish to enroll international students, but using agents present a number of dilemmas.

First, there is no way to guarantee whether the institutions recommended by agents are the best choices for the student client. Frankly, it is difficult to imagine that if agents earn their living from commissions from institutions A, B, and C that they will recommend institution S, when it offers a particularly appropriate program for a student. In fact, it is doubtful to imagine that the agent will know about programs other than those at A, B, and C.

Further, it is difficult, if not impossible, to know exactly what takes place between the agent and student, periodic inspections notwithstanding. Anecdotal reports suggest that many agents “help” clients by doctoring academic records, writing essays, preparing letters of recommendations, and providing other kinds of dubious “assistance.” It has been estimated that 80 percent of applicants helped by agents include faked credentials.

In some cases, agents are reported to charge both the student and the university, a practice of questionable ethics.

### WHO DETERMINES WHAT IS ETHICAL?

The American International Recruitment Council (AIRC), a nonprofit organization, was launched in 2008 to represent the interests of the agent community and the universities that employ them, and later began to certify agents that meet that council’s ethical standards. The process is expensive, beginning with a US\$2,000 nonrefundable application fee, a US\$5,000 precertification fee, and followed by the travel costs of the evaluation team and a first-year member fee of US\$3,000. Membership must be renewed annually at an additional cost of US\$2–3,000. This puts the cost of certification beyond the budgets of many smaller agencies.

One of many concerns about AIRC is that this organization is entirely self-validating; its members are universities and agents who benefit from the ethical cover that certification provides. AIRC was created to validate the em-

---

**The motivations of countries and universities recruiting international students are equally complex and increasingly commercial.**

---

ployment of agents on the supposition that ethical practices could be assured. There is no independent corroboration of the effectiveness of the methodology or results.

In June 2013, after two years of study, the National Association of Collegiate Admissions Counsel (NACAC), the American organization of professionals in the field of college and university admissions established in 1937, issued a report on agents and recruiters. After considerable pressure from AIRC members, that document backed away from a previous statement that a NACAC member “could not” work with agents to a gentler “should not” work with agents. The NACAC national conference in fall 2013 will consider the report.

The American Association of Collegiate Registrars and Admissions Officers has also created a task force to consider professional standards for recruitments and other activities related to international activity.

Universities are being asked to disclose that they work with agents and with whom they work. This is, at a minimum, a basic ethical obligation. Yet, agents also need to disclose to students and families that they are contracted by universities, and that they are providing information to stu-

dents on behalf of only those specific universities and *not* pretend that they are professional admissions consultants, who are described above.

#### WHAT CAN BE DONE?

From our perspective, agents and recruiters should not be condoned in the admissions process for domestic or international students. Thus, students should have a full range of information about the universities to which they are most suited and when agents have a vested interest in limiting options to the small number of universities that pay commissions. Further, the possibilities for corruption of the admissions process seem great and widely evident.

The choice about where to study overseas is an important commitment of family resources and student time. Students and their families need to take a proactive role regardless of how difficult the task and not leave their fate to agents or others who might not have their best interest in mind.

International student mobility reflects a mass phenomenon, and a multifaceted approach is needed. Many are already operating but need strengthening.

- Universities have the responsibility to provide informative, honest, user-friendly Web sites with clear information about academic programs, admissions procedures, graduation requirements, costs, and student services.

- Universities must assign staff to respond individually to prospective students, with information and assistance, during the admissions process. This will not be inexpensive, but if some of the budget now on agents can be redirected to this task, the funds will be well spent.

- University and other academic associations in the receiving countries or regions should provide Web sites with clear and complete information about academic systems and study opportunities open to international candidates.

- Governments must increase support to education information centers in the primary sending countries to provide on-site information with well-trained professional staff who can offer workshops and guidance to prospective students.

- Professional education consultants, who provide objective information about study opportunities and carefully assess the needs of potential applicants to match them to appropriate academic programs without the influence of commission, should be distinguished from agents.

- Universities should discourage students and their families from turning decisions over to agents, much as Cornell University has done.

#### CONCLUSION

Without question, global student mobility is of great importance—for countries, academic institutions, and perhaps

most crucially for individual students. Key to this enterprise is ensuring that the student is matched with the best possible study opportunity. ■

## In Search of Solutions for the Agent Debate

**RAHUL CHOUDAHA**

*Rahul Choudaha is the director of research and strategic development at World Education Services, in New York. E-mail: rahul@wes.org.*

The use of commissioned agents for recruiting international students had been a divisive debate, with some strong viewpoints and weak action points. The recent report by National Association of College Admissions Counseling (NACAC), on the practice of commission-based international student recruiters, attempted to bring clarity to this debate through a comprehensive and inclusive process. Although it has something for everyone to justify their arguments for or against the use of commission-based agents, it left most of us searching for solutions. At the same time, the report aptly addressed two critical pieces, often overlooked in the debate and have implications for future directions—diversity and transparency.

#### DIVERSITY OF INSTITUTIONS, STUDENTS, AND AGENTS

The NACAC report rightfully acknowledges that just because commission-based agents are used in other countries, they are suitable in the US context. In the United States, international students are highly concentrated in research universities. Of nearly 4,500 postsecondary degree-granting institutions in the United States, just 108 universities classified as “Research Universities (very high research activity)” by Carnegie Classification, enrolled nearly two-fifth of all international students. Most of these universities are not engaged with the agent debate, as they have a strong brand visibility among prospective international students and also perceive the use of agents as a risk to delegate their brand presence with a third party. Granted, there are exceptions like the University of Cincinnati, which was an early adopter of the agent model.

The discourse on the use of agents in general and the NACAC report in particular, has implications primarily on institutions beyond these 108 research universities (very high research activity). Within this segment, public universities are increasingly interested in recruiting international undergraduate students. Diminishing state support ren-



ders undergraduate international student enrollment an important revenue stream, and agents are being positioned as a cost-effective measure for finding them. This is where some institutions have hastily started using agents without considering the fit with the type of students they want and how those students make choices.

A report by World Education Services—Not All International Students Are the Same—addressed this information gap to better understand students. The report identified four segments of international students—explorers, strivers, strugglers, and highflyers—based on financial resources and academic preparedness. These segments have diverse information needs; and this shapes not only whether or not they use agents but also why they use them. For example, only 24 percent of explorers (high financial resources and low academic preparedness) reported use of agents as compared to 9 percent of strivers (low financial resources and high-academic preparedness).

The quality of agents, in terms of their reliability and ethical behavior, is equally diverse. A segment of students and institutions may still want to work with agents, due to a variety of constraints related to market intelligence, resources, and capacity. Any kind of outright ban from NACAC would have been impractical and unfair, as it would have ignored these diverse institutional needs. At the same time, claiming that commission-based agents are a good fit for all segments of institutions is an overstatement.

#### **INSTITUTIONAL RESPONSIBILITY**

Decisions of whether to use commission-based agents, or not, depend on the institutional context and needs. There is nothing *prima facie* unethical or illegal about such conclusions; however, based on autonomy professional responsibility must uphold the highest standards. This is where a commission-based agency model increases the risks and may result in actions by agents that are not in the best interest of students and even the institutions paying commission. At the end of the day, for agents, if there is no admission, there is no commission.

Consider the case of lack of transparency in an agent-student relationship. A forthcoming research report by World Education Services surveyed international students and asked them “Has your educational consultant shared with you whether he or she receives a commission from colleges/universities for each student recruited?” Only 14 percent of prospective international students who reported to use education consultants were informed that the agent would receive commission from institutions, 43 percent were unaware, and 45 percent reported “don’t know/can’t say.”

The finding highlights that the issue of information asymmetry—where one party in the transaction has more information than the other—provides an unfair advantage to the commission-based agents, often at the expense of the institutional brand. At the same time, it is nearly impossible to manage or enforce the “code of conduct” on agents and their network of subagents in other countries.

This is where institutions’ responsibility of setting standards of transparency at their end becomes even more important. The NACAC report recommends “Providing clear and conspicuous disclosure of arrangements by agents with institutions for students and families.” Higher education institutions using commission-based agents should come forward and explicitly state on their Web sites if they work with agents, what commissions they pay, and make this information available to prospective students. For example, the University of Nottingham transparently offers this information to students and also publishes how much commission it pays to agents.

---

**The recent report by National Association of College Admissions Counseling (NACAC), on the practice of commission-based international student recruiters, attempted to bring clarity to this debate through a comprehensive and inclusive process.**

---

The acid test for institutions that are using commission-based agents is in their proactive enforcement of transparency in engagements between themselves, agents, and prospective students. If they are confident about their practices, what do they need to disclose? This emphasis on transparency will bridge the information asymmetry and will set the standard from institutions that there is nothing secretive about the use of commission-based agents.

#### **CONCLUSION**

Many are in search of guidelines, however, in the context of seeking solutions to their increasing problems in recruiting international students proactively and quickly. This is where a global industry of agent networks has positioned itself as the panacea for all institutions. The fact remains that the quick-fix solution of using commission-based agents to ramp up international student numbers may increase the risk to the institutional brand, admissions standards, and even the quality of students admitted.

In this context, the NACAC report attempted to investigate and highlight several issues related to the use of agents—including, institutional accountability, transparency, and integrity. At the same time, it did not resolve the core issues related to incentive payments as “the Commission was unable to achieve unanimous consensus.”

This puts even more onus on universities using or considering the use of commission-based agents to assess the segments of students they wish to recruit, their decision-making processes, and institutional readiness to retain them. In addition, institutions need to take proactive steps in setting standards of transparency to break the ills of secretive practices and information asymmetry. ■

---



---

## International Recruitment: Oversight and Standards

DAVID ENGBERG

*David Engberg is executive director of the Global Opportunities Group, a US-based international education services organization. E-mail: dave@g-o-group.com.*

The use of paid agents to recruit international students remains a contentious issue in US higher education. Proponents argue that paying agents is inconsistent with well-established domestic student recruitment practices, incentivizes agents to put their own financial interests ahead of students’ academic interests, and contributes to application fraud. Advocates claim that working with paid agents costs less and is a lower risk than managing international recruitment on their own and, by providing access to multiple markets, that it helps diversify international student enrollments.

In May 2013, the National Association for College Admission Counseling (NACAC) released a much-anticipated commission report on international student recruitment. It detailed concerns related to commission-based agents, but recommended that NACAC eliminates its ban on member institutions using paid agents.

Since its publication, the report has been widely criticized by individuals on both sides of the debate. Those opposed to working with agents believe that NACAC compromises its integrity and credibility by allowing a practice that risks putting revenue ahead of students’ interests. The central complaint among supporters of lifting the ban is

that the report does not advance discussions related to international recruitment standards and quality in the United States.

This criticism is especially salient. Given (1) the international spike in demand for admission at US institutions, especially at the undergraduate level, (2) the ability of international students (or their governments) to pay the full cost of instruction, and (3) the fiscal challenges faced by many institutions, it can be anticipated that additional campuses will seek to enroll more and more international students and use third-party agencies to help them.

### CURRENT STATUS

The United Kingdom and Australia are well-known for their use of agents to recruit international students to tertiary institutions. Each has well-developed regulatory systems, providing oversight of agent-university relationships—not so in the United States. Here, the federal government gives off mixed signals. State Department-funded EducationUSA offices around the world are prohibited from working commercial recruiters, for fear that doing so would create a perception of bias; the Departments of Commerce and Homeland Security are both involved in activities and events that bring universities and commercial recruitment agencies together and encourage them working together.

---

**Ultimately, the best advice for US educational institutions interested in partnering with an international student recruitment agency, or agencies, is to develop their own set of standards and procedures.**

---

With the exception of the American International Recruitment Council (AIRC), a Washington, DC-based nonprofit founded in 2008, there are no US organizations dedicated to the oversight of international student recruitment.

According to its organizational principals, AIRC’s mission is to develop standards of ethical practice related to international student recruitment, certify agencies determined to be in compliance with AIRC’s standards, and develop best practices and training to aid agencies and institutions to better serve students. To receive certification, an agency must complete a self-evaluation report, undergo a site visit, and pass a vote by AIRC’s Board of Directors. Cer



tification lasts five years, during which time approved agencies may use AIRC's logo to market their services. Once certified, agencies must submit annual reports to remain in good standing and pay an annual membership fee. After five years, they must repeat the entire self- and external-review process to be recertified.

Given the absence of other US organizations, actively involved in international recruitment standards development and oversight, AIRC's work is laudable. Their certification process is lacking, however, in several substantive ways. It is time consuming and expensive: AIRC's Web site instructs agencies to plan for an eight-to-nine month certification process, with a first-year cost of \$10,000. Each year, thereafter, small agencies (less than 500 student placements per annum) must pay a \$2,000 membership fee to retain their certification. For large agencies, the annual fee is \$4,000. Small "mom and pop" agencies still dominate the recruitment market in many countries, especially in Asia. Their cost of AIRC certification and membership—\$20,000 over five years—means that most will not seek certification.

The subjective nature of AIRC's standards is another concern, making them difficult to quantify and review. Is it possible, for example, to measure whether all of an agency's employees "are competent, well informed, reputable, and act at all times in the best interest of the applicant and institutions"? About determining whether the agency is managing its financial resources to best effect, representing itself honestly in advertising materials or ensuring that subagents or others employed offsite to manage, all or part of the recruitment process are in compliance with AIRC's standards?

Finally, and perhaps most significantly, AIRC's review/certification process is designed to certify agencies, rather than the individuals working at agencies. As a result, it does little to ensure that the counselors who are interacting with students actually understand the US higher education system, how admissions offices function, or the nuances of the US immigration system. AIRC, or another US organization, would do well to offer targeted training, like International Consultants for Education and Fairs (ICEF) and the British Council do in Europe, or certification, like Australian-based Professional International Education Resources (PIER) does for the actual counselors responsible for student placements in the US market.

#### THE PATH FORWARD

Ultimately, the best advice for US educational institutions interested in partnering with an international student recruitment agency, or agencies, is to develop their own set of standards and procedures. Some campuses—the Universi-

ty of Cincinnati and Wichita State University, for example—have done this successfully. Most have not, however, and are ill-prepared to effectively partner with agencies when they come calling. For instance, at many institutions, single individuals are responsible for both international recruitment and admissions, an arrangement that can lead to conflicts of interest. In addition, many campuses, even those seeking to enroll more international students, lack policies for vetting, contracting with, and evaluating the performance of commission-based agents. Thus, regardless of the external organizations engaged in recruitment agency standards and quality assurance, campuses that chose to outsource aspects of their international recruitment must establish plans and best practices appropriate to meeting their own enrollment objectives. ■

## International Admissions: Ethical Challenges

DANIEL ZARETSKY

*Daniel Zaretsky is chief ideas officer of Higher-Edge, a Toronto-based international higher education consulting firm, in Canada. E-mail: dani@higher-edge.com.*

In its May 2013 Report of the Commission on International Student Recruitment (<http://www.nacacnet.org/media-center/Documents/ICR.pdf>), the National Association for College Admission Counseling (NACAC) explores the contentious arena of commission-based international student recruitment contracts. The exclusive focus on commission payments is misplaced. The most disturbing abuses are more closely tied to money paid by students to education agents than commissions from institutions to agents. The lack of oversight by institutions of their international student recruitment practices, including their contracts with agents, is the issue. In addition to clarifying terms, the substantive steps that institutions ought to take to ensure they are operating a clean house are articulated below.

#### DO ALL AGENTS RECEIVE COMMISSIONS?

An education agent is a company or an individual recruiting students seeking to study in other countries. Education agents may be "stand-alone" or part of a travel agency, immigration consultancy, or other commercial operation.

The NACAC report neatly categorizes three types of education agents (p. 40) but additional clarification is needed. Those earning fees only from institutions, as commission

payments or other fees, should be characterized as “institution recruitment agents.” Those earning fees only from students should be characterized as “student agents.” Those accepting fees from both should be characterized as “mixed fee agents” (the report calls this “double-dipping,” p. 13).

#### WHAT ARE THE ABUSES?

The NACAC report rightly links commissioned recruiting—i.e., the payment of incentive commissions for each recruited student—with the possibility of an “array of misrepresentations” (p. 10). But the recruitment arena is littered with far worse transgressions, including the widespread faking or doctoring of academic and financial documents and systemic attempts to cheat on globally administered entrance examinations.

How widespread? According to one *Times Higher Education* (London) article of June 13, 2013, a NAFSA: Association of International Educators report concluded that “90 per cent of recommendation letters for Chinese applicants to Western universities had been falsified” (<http://www.timeshighereducation.co.uk/news/fraud-fears-rocket-as-chinese-look-for-a-place-at-any-price/2004704.article>). These abuses are sanctioned by students or their parents, who pay fees for these services.

There is a need to focus policy on “high-fraud high-volume” countries where the most troubling practices occur.

#### ARE COMMISSION FEES THE PROBLEM?

Commissions from institutions increase incentives to misrepresent information. Some agents steer students from an institution or program that pays no or little commission to a less suitable one that pays the agent US\$1,000, US\$2,000, or significantly more. Agents usually represent a suite of institutions that pay and pay comparably.

The more lucrative model for earning large sums of money is through student fees. Charges for routine service like filing an application offer high earnings. The same *Times* article notes that agencies in China are paid up to US\$10,000 by the student and at times double for admission to highly ranked institutions. Handsome fees can be charged for document fabrication or arranging for a rogue test-taker. Further, high-volume fees are earned from students’ quixotic pursuit of admission even when the agent knows the student will be refused.

Universities know most students they meet abroad will not show up on their shores. Experienced agents know that most prospects will decide to stay at home for their studies, use another agent, attend another institution not in the agent’s portfolio, or be refused a visa. Since only a small percentage of prospects will ultimately earn a commission for an agent, many are inclined to try to capture larger fees

from students for the application process than rely on the small commissions *that might be earned* from those candidates successfully placed abroad. In China and India, agents earn far more from fees charged to students than is paid to them from institution commissions.

#### WHAT IS THE ROOT CAUSE OF THE TRICKERY?

For the much wider array of unethical practices, such as doctoring an academic record or cheating on examinations (such as SAT), the root problem lies with the student and, too often, parents, pushing for an admissions (or scholarship) advantage. Agents serve as a go-between for guidance and execution.

When the SATs were cancelled nationwide in South Korea in May 2013, the *Wall Street Journal* on May 9, 2013 (<http://online.wsj.com/article/SB10001424127887323744604578472313648304172.html>) reported that the motivations to cheat were impelled by parents. Similarly, the gross, rampant grade inflation found in high schools established for students seeking to study abroad is not the fault

---

**The NACAC report rightly links commissioned recruiting—i.e., the payment of incentive commissions for each recruited student—with the possibility of an “array of misrepresentations.”**

---

of agents. The schools are simply sating parental appetites for top academic results for their children to enhance admission prospects at overseas institutions.

#### SOLUTIONS: SUPERVISION OF AGENTS

The NACAC report correctly emphasizes institutional accountability in its opening Commission Recommendation Relative to the Statement of Principles of Good Practice. Institutions should go well beyond the report’s recommendations for greater accountability (p. 45). Applications should require declarations of truthfulness from students and elaborate the consequences of dishonesty. Students should be explicitly instructed about what is unacceptable, such as altering or faking academic records. Students should be required to declare whether and what third-party assistance was provided. Those admitted should be notified in advance that English-language proficiency test results will be verified upon arrival and that they will be interviewed briefly and asked to write an essay.



In hiring agents, agreements should specify the terms and limitations of the relationship and that malfeasance will lead to immediate termination and possible referral to criminal law procedures. Periodic checking should be done at the discretion of the institution.

These represent low-cost, and even no-cost, measures for which no institution can claim a lack of resources. Beyond these measures, depending on the scale of operations, institutions can deploy delegations with expertise in the country in question to check whether agency agreements are being honored. Are students being appropriately advised? Are agency fees in compliance with the institution's agreement? Does student counseling evince accurate knowledge of the institution? Are documents genuine? Certainly, this is no easy task. Agents or parents may send faked documents and the student may be an unwitting accomplice. Institutions may not have contracts with agents and yet still receive their applications from them. But this challenge only accentuates the need for careful recruitment strategies without shortcuts.

#### SOLUTIONS INSTITUTIONAL PROPRIETY

The NACAC report states "(A) critical consideration for policy makers is the ability and/or willingness of colleges to establish and take seriously such procedures to ensure against misbehavior" (p. 42).

NACAC's use of "willingness" questions whether "ability" is actually the issue. Perhaps, it is not a lack of institutional gravitas but rather a canny recognition that more diligence in their relationships with agents could mean fewer students and lower revenues.

Without capacity or resources for rigorous enforcement, organizations that train, accredit, or license agents cloak institutions avoiding serious accountability. This avoidance has attracted increasing governmental oversight in the United States, the United Kingdom, and Canada, amongst others.

Institutions' financial dependence on international student fees significantly undermines an inclination toward strict oversight of recruitment practices. Admitting unqualified students, the unwarranted passing of students in courses, or participating in deals of dubious propriety with agents and even overseas institutions, are all examples of desperate acts that risk institutional reputation in the long run.

#### CONCLUSION

There are substantial financial incentives for agents to act improperly. Focusing on commission payments tends to distract from the bigger problem. There are large numbers of individuals paying large sums to agents for a variety of advantages in the admission processes. Particularly, in a short

list of high-fraud high-volume countries, agents command large financial rewards by exploiting genuine but poorly informed or easily manipulated prospects. Complicating the problem are educational institutions desperate for international student fees that may be willing to compromise their academic standards, and be willfully ignorant of improprieties committed by agents, students, and parents.

There is meaningful scope to clean up the field of international student recruitment, but this requires institutions to pay for their responsibilities and accept only honorable returns. ■

## Barefaced Cheating in China's Bull Market for Academic Fraud

JOHN MARCUS

*Jon Marcus is the North American correspondent for the Times Higher Education magazine, London. E-mail: jmarcus@hechingerreport.org. This article first appeared in Times Higher Education.*

A 17-year-old student at the Jiangsu College for International Education in Nanjing China, Jiao Yizhou hopes to study environmental engineering at the Georgia Institute of Technology in the United States.

Like many applicants to university, however, he is anxious about the entrance tests and essays. He knows that other Chinese students cheat on the applications, persuade their teachers to falsify secondary-school grades and recommendations, and hire agents who purportedly write the admission essays for them.

"This kind of thing does not bother me, because I did it the right way, and the university officials are not stupid," Mr. Yizhou said. "They can know which applications are real and which are fake."

But increasing competition for spots in Western universities, and huge annual increases in the number of applicants from China, do have admissions officials worried about what experts say is a widespread and growing practice of cheating.

"I don't mean to caricature this as happening at every school," said Linda McKinnish Bridges, associate dean of admissions and director of program development in China for Wake Forest University. "But some schools I've visited have said to me, 'We will work with you in any way we can to get these students into the United States.'"

Ninety percent of recommendation letters for Chinese applicants to Western universities are falsified, according to research by NAFSA: Association of International Educators and the US-based educational consulting company Zinch China.

The two organizations, which conducted interviews with 250 students at the top-ranked secondary schools in China, also concluded that 70 percent of admissions essays are written by someone other than the applicant, half of secondary-school transcripts are doctored, and many awards and achievements are also fake.

“Fraudulent applications are pervasive in China, driven by hyper-competitive parents and aggressive agents” who can earn financial bonuses for getting students into top Western universities, said the researchers, who called this “a growing trend.”

They said the phenomenon was driven mostly by middle-class Chinese parents determined that their children study abroad, 80 percent of whom pay agents to help them.

---

**But increasing competition for spots in Western universities, and huge annual increases in the number of applicants from China, do have admissions officials worried.**

---

The going rate for this, per student, is up to US\$10,000—and as much as double if the agent can get the student into a university at the top of the influential *U.S. News & World Report* rankings.

“The cultural norm in China is to consider a 17-year-old not yet capable of managing a decision as important as his or her college education,” the Zinch and NAFSA report said. Or, as Dr. Bridges put it, Chinese parents “have got one child and for that one child you will do everything you can to help that child get ahead.”

Agents, the researchers said, will ghost-write admissions essays or hire recent returnees from Western universities, or expatriate English-speaking teachers in China, to do it. There are also separate essay-writing services available.

Chinese officials acknowledge the problem. It’s a “legitimate concern,” said Rob Cochrane, the Australian-born international programs manager at the Jiangsu Provincial Department of Education. But he said that the blame lies with the application process. “Just the nature of that process over distance provides a huge opportunity for the not-so-

ethically minded to perhaps fudge their credentials,” Mr. Cochrane said. “The whole idea of a written application from a second-language applicant, whether from China or anywhere else on the planet, is fraught with danger.”

Nor is China the only place where applicants to Western universities allegedly cheat. In May, the US Educational Testing Service canceled the scheduled administration of the SAT entrance exam in South Korea, where test-preparation services reportedly got copies of the questions in advance. “The issue is about the process rather than about the people who are applying,” Mr. Cochrane said.

Whatever the reason for it, all of this cheating is vastly complicating the work of admissions officers buried in applications from China, at universities accepting more and more of them to help bring in much-needed revenue.

UNESCO estimates that 440,000 Chinese are studying abroad, and the United States and the United Kingdom are the first- and second-most popular destinations.

China sends, by far, more students to the United States than any other country—nearly 200,000 a year, almost four times as many as it did at the start of the millennium, representing fully one in four of the international students coming to the country—and the number has grown by 20 percent or more in each of the last five years. In spite of visa changes, the number of Chinese students in the United Kingdom also is continuing to rise. It was up 8 percent last year.

At Wake Forest, which has gone from 79 applications from China to more than 600 annually in just the last five years, Dr. Bridges, who speaks fluent Mandarin, visits Chinese secondary schools, and he and other admissions counselors conduct interviews in English with students over Skype, while having them simultaneously complete sample writing assignments—all to weed out fraud. “If that student is very strong, but I have some reservations about their English ability—if the student does not understand and I have to revert to Mandarin—then that student is not coming to Wake Forest,” she said.

Another survey by Zinch China, which tested the language skills of 25,000 prospective Chinese students, found that two-thirds did not speak English well enough to use it in a classroom discussion. That is up from 38 percent whose English skills were judged deficient last year. The proportion of students whose language skills were judged as “strong” fell from 18 percent to 4 percent.

Mr. Cochrane said that Chinese students become so good at taking standardized tests, including the Test of English as a Foreign Language, that, “It wouldn’t be unfair to say that, with decent preparation and practice, they would probably be able to get a score marginally higher than their actual communicative skills” merit.



Talk of cheating may result in changes in China, Mr. Cochrane speculated. “There’s a lot of talk about it at our end. Cheating is not accepted here as being the norm, though lots of people ask me that question. The Chinese people are a proud people. They don’t want to be branded pariahs on the education system.”

One solution, he said, would be to require the accreditation of agents—another: accepting hard-to-counterfeit digital portfolios of Chinese students’ academic work.

In the West, the issue is likely to be addressed more forcefully when Chinese students continue to arrive unprepared for education in English. As valuable as full-tuition-paying Chinese students might be to universities that need the money, that would be offset by the price of having them drop out later. “The cost of not being able to keep that student, is tremendous,” Dr. Bridges said. “The incentive, the motivator that might change this, is retention and attrition.”

That loss of face could alter the behavior of Chinese secondary schools, whose students leave to study in the West but then return without degrees—or that are caught falsifying grades and transcripts. Dr. Bridges said she no longer accepts applications from the school whose headmaster told her he would do anything it took to get his students into Western universities.

“If these students that have been pushed into this by some eager principal, some eager agent, some eager parent, and then goes home having failed, at that point [the Chinese] will see this is a long-term problem,” she said.

Back in Nanjing, Mr. Yizhou’s classmate, Zhu Yi, is hoping to go to Boston University in the United States. He, too, knows that other Chinese cheat, he said. “Frankly, it’s true. But not everybody does that,” Mr. Yi said. “Most people do those things in the right way.” ■

---



---

## Professors: The Key to Internationalization

GERARD A. POSTIGLIONE AND PHILIP G. ALTBACH

*Gerard A. Postiglione is professor of education and director of the Wah Ching Center for Education in China at the University of Hong Kong. E-mail: gerry@hku.hk. Philip G. Altbach is research professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu.*

Universities continue to position their professoriates for internationalization. As the heartbeat of the university, the professoriate clearly has a special role in helping drive

knowledge economies. This is particularly true in developing countries with aspirations for a closer integration into the global system. However, internationalization is a double-edged sword for many countries. A university can hardly become world class without it. Yet, it wildly skews the balance of brain power in the direction of those few countries with world-class universities. In order to get the best out of globalization, the professoriate in all countries would need to increase its profiles and attitudes geared toward internationalization. At present, the willingness of the academic profession everywhere to deepen their international engagement appears stalled.

---

**The relevance of this research is that the academic profession globally seems to be less internationally minded than might be expected—with inevitable implications for internationalization.**

---

It would seem obvious that those who teach at a university, the academic staff, are the key to any academic institution’s internationalization strategy. After all, the professors are the people who teach the classes at a branch campus, create the curricula for franchised programs, engage in collaborative research with overseas colleagues, welcome international students into their classrooms, publish in international journals, and the like. Indeed, without the full, active, and enthusiastic participation of the academics, internationalization efforts are doomed to fail.

Without the participation of the faculty, internationalization efforts often become highly controversial. Examples include Yale and Duke universities in the United States, where major international initiatives planned by the university president quickly became contentious on campus. Many of the New York University’s faculty members have questioned some of that institution’s global plans. There are many additional examples of faculty members refusing to take international assignments for the university, being unsympathetic to international students in their classes, and in general not “buying in” to the international missions expressed by many universities. Thus, the challenge is to ensure that the professoriate is “on board.”

However, data from the two major international surveys of the professoriate reveal a puzzling array of indicators with respect to internationalization.

**WHAT THE DATA SHOW**

The two important international studies of the attitudes and values of the professoriate, one undertaken in 1992 by the Carnegie Foundation for the Advancement of Teaching and another known as the Survey of the Changing Academic Profession in 2007, have surveyed 14 and 19 academic systems, respectively.

These studies included a number of questions about the international commitments and interests of the faculty. In the United States, academic life is already known to be far more insular than in other parts of the globe. Most American academics earned all their degrees in the United States, including their highest degree. Less than one-third collaborate with foreign partners on research, even though a good number of them are foreign-born academics working at American universities; and they are the ones most likely to constitute the international collaborators. Only 28 percent of American academics have published in an academic journal outside of the United States, and barely 10 percent have published in a language other than English.

---

**However, data from the two major international surveys of the professoriate reveal a puzzling array of indicators with respect to internationalization.**

---

Yet, unlike universities in Japan or Korea, American universities are open to foreign born and foreign trained faculty. In fact, in most countries, nearly all academics are citizens of the country, and the percent of noncitizens are in the single digits—even in the United States with 9 percent. The percentages are somewhat higher in a few other English-speaking countries such as the United Kingdom (19% noncitizens), Canada (12% noncitizens), and Australia (12% noncitizens). The only other exceptions are small European countries like The Netherlands and Norway, where border crossing reflects the new reality of the European Union. The Hong Kong system is extraordinarily unique with 43 percent of academics being noncitizens, something that undoubtedly contributes to its having the highest concentration of globally ranked universities in one city.

Besides noncitizenship, doctoral study location also drives internationalization. In eight countries surveyed in 2007, more than 10 percent (and as many as 72%) of academics earned their doctorates in a different country than the one in which they are employed. Only a few countries were in that category in the 1992 survey. Exceptions include Japan and the United States, where most academics earn

doctorates domestically.

It should be no surprise that academics nearly everywhere say that they emphasize international aspects in their teaching and research. Large numbers include international content in their courses, but not nearly as many have engaged in study or teaching abroad. In a good many countries, less than 10 percent have taught abroad. Only in places like Hong Kong or Australia have large numbers of academics taught elsewhere. Thus, academic attitudes toward internationalization are not a hindrance to a country's efforts to internationalize its universities, but it is the actual engagement of faculty that matters more.

Academics in developed countries often resist their universities' efforts to establish international campuses, and the professoriate in research universities of some developing countries often faces obstacles to becoming internationally wired due to state control. Surprisingly, the percent of academics collaborating internationally in research has dropped in many countries since the 1992 survey. The reasons are surprising and worthy of concern. Junior academics are collaborating less than their older counterparts, and everywhere junior academics are unlikely to have taught abroad. The fact is that the most productive academics, in terms of referred publications, are those with the most international collaboration, including copublication of articles and publishing in a foreign country. Again, the United States is the exception with less of a gap in research productivity, between those who do and do not collaborate internationally.

The international survey reveals what is perhaps one of major hurdles for internationalizing the professoriate—the economic driver of the university system. Unlike state or professor driven systems, market economies have high proportions of academics who view their universities as bureaucratically onerous. Moreover, academics in market economies are more likely to view their universities as being managed by administrators who are less than competent. This naturally works against the professoriate having a high level of institutional affiliation. The result means they are less likely to support the vision of their university leadership's about how to internationalize—including overseas campuses.

On the more positive side, those who publish in a foreign country journal increased since 1992 in all countries surveyed, except Australia, Japan and the United States. Those who have published in a foreign language increased more in countries such as Mexico and Brazil (presumably in English). The relevance of this research is that the academic profession globally seems to be less internationally minded than might be expected—with inevitable implications for internationalization. ■



# Government and Governance Reforms in Higher Education in Africa

**N. V. VARGHESE**

*N. V. Varghese is Head, Governance and Management in Education, International Institute for Educational Planning, UNESCO, Paris. E-mail: nv.varghese@iiep.unesco.org.*

Higher education was considered a “public good” worthy of public support in Africa, during the first decades of independence, and most countries adopted a state-funded and heavily subsidized model for university expansion. With the fiscal crisis of the 1980s, public funding declined and universities fell into a state of disrepair, leading to a deterioration of physical facilities—a decline in student enrollment and teaching standards and a depletion of research capacities. Reforms to revive the sector became necessary and unavoidable.

Most reforms redefined the role of the state in higher education development and in the governance and management of institutions. The institutional governance moved from a “state-control” to a “state-supervision” model, leading to increased institutional autonomy, on the one hand, and reliance on market tools of incentives and accountability mechanisms to steer institutions toward policy goals on the other. Some of these reforms helped expand the system, revitalize the sector, and improve institutional governance.

## STATE AND GOVERNANCE IN AFRICA

Higher education in Africa, like in the West, was centered on institutions funded and managed by the state. Hence, state control was the most-common pattern of university governance that evolved in Africa. Heads of state, serving as chancellors of universities, became common in some countries. Realizing the limitations of relying on state funding, countries in Africa introduced several reforms to develop financing alternatives to expand the system and reforms to govern and manage institutions more efficiently and effectively.

These reforms in higher education reduced state control on institutions, made them autonomous, and moved them closer to markets. The widespread privatization of public institutions and proliferation of private institutions over the past two decades are a reflection of this trend. Resultantly, a good share of additional enrollment in Africa has taken place in the nonstate-funded segment of public institutions (private students) or in private institutions.

Many countries created buffer bodies to support and implement policy, allocate resources, monitor performance,

and ensure accountability. National Councils of Higher Education or their equivalents were established in most anglophone African countries. The more-common practice among francophone countries has been to create separate ministries of higher education. This trend is changing and higher education councils are being established in some of the francophone countries. However, it seems that they mostly play an advisory role and, perhaps, a less-substantive role in policy formulation and its implementation than their counterparts in the anglophone countries.

## INSTITUTIONAL AUTONOMY AND NEW GOVERNANCE

Institutional autonomy is seen as a mediating position between state control and market operations. Autonomy has helped universities to maintain the image of public institutions, while enforcing market principles in the operations. Autonomy expects institutions to set priorities, evolve strategies, develop study programs and courses, select institutional leaders, recruit staff, diversify funding sources, decide on internal resource allocation criteria, and allocate resources accordingly.

The granting of autonomy was accompanied by new structures of governance and accountability measures at the institutional level. Governing boards were constituted to oversee the overall functioning of an institution. They take policy decisions including those related to staff recruitment, appointment of heads of institutions, and finances.

---

**National accreditation agencies have become common in many countries and internal, quality-assurance units are being established in several institutions.**

---

The governing boards in francophone countries are very often composed mostly of internal members, while those of anglophone countries have larger numbers of external members, at times including international experts. In countries, such as Kenya, there are separate management boards at the institutional and school levels.

The new sets of accountability measures included strategic plans, result-based management, performance contracts, performance indicators, monitoring and evaluation reports, institutional audits, and external and internal, quality-assurance mechanisms. National accreditation agencies have become common in many countries and internal, quality-assurance units are being established in several institutions.

The reforms, no doubt, helped universities to design their own survival strategies, when they were in a state disrepair. Privatization measures—cost recovery and income-generating activities—helped many universities in Africa survive in the 1990s and prosper in the 2000s. For example, the reforms initially helped Makerere University to move “back from the brink” and later helped working and living conditions, increase enrollment, improve staff salaries, arrest staff depletion, improve the market relevance of courses, and reduce reliance on state funds.

Studies conducted by the International Institute for Educational Planning show that higher education governance reforms in Africa helped institutions to reduce their reliance on the government and to focus on serving market and local requirements. The reforms also helped to diversify the resource base and decentralize internal resource allocations. In countries such as Ethiopia, the line-item, budget-based resource transfer has been replaced by block grants; public universities in Ghana are expected to generate 30 percent of their budgetary requirements; and Nigeria has introduced competitive research funding. Performance monitoring increased research outputs in South Africa and improved operational efficiency in Ghana, while performance contracts improved accountability in Kenya.

The reforms made public institutions more market oriented in their approach and result driven in their operations. It seems the reforms contributed to a widening of inequalities in access to higher education and subsequently to the employment market. The market processes favor those who have the capacity to pay and seem less friendly to equity concerns. Since institutional pressures to expand stem more from financial rather than educational considerations, the market orientation seems to have promoted entrepreneurialism in universities and academic capitalism in higher education.

Many of the reforms are supported by the development partners. It seems that the same reforms that helped reduce reliance on national governments have increased reliance on external agencies. The implications of the changing relationships between the government, institutions, and external agencies need closer examination, especially in the context of globalization.

#### CONCLUSION

The reforms introduced in the 1990s helped higher education institutions in Africa survive, systems expand, and the region experienced the highest, global-growth rates in higher education in the 2000s. The market orientation of the reforms has, no doubt, destabilized the traditional ways of organizing university activities and governing institutions. After an initial inertia, institutions in Africa showed

The reforms centered on autonomy and market orientation have raised issues related to leadership. The leadership at the institutional level is challenged to find an appropriate balance between expansion and quality improvement, between academic priorities and financial considerations, between efficiency and equity concerns, and between local relevance, global standards and rankings, among others. The transfer of power and authority to institutions is not always necessarily accompanied by measures to reinforce leadership capacities—to make governance efficient and institutions more effective.

The fast expansion of the system, the proliferation of providers, and a diversification of study programs pose challenges to govern and manage the system. The entry of foreign providers and the flow of teachers, students, and study programs within and outside the region necessitate focused attention on harmonization, investment in quality, and the establishment of global standards. These challenges may not be effectively addressed by the market forces, since they require policies based more on long-term perspectives than on short-term financial considerations. Therefore, the need is not to move away from the state but to engage the state more actively to develop a futuristic perspective, a framework for operation, and for regulating the system than for funding, controlling, and managing the institutions. ■

---



---

## New Higher Education Reforms in Kenya

ISHMAEL I. MUMENE

*Ishmael I. Mumene is associate professor of education, Northern Arizona University, Flagstaff, Arizona. E-mail: Ishmael.Munene@nau.edu.*

In the age of massification, ensuring education quality presents a formidable policy challenge. The recently enacted higher education law in Kenya—the Universities Act 2012—seeks to level the playing field in quality enforcement between public universities, which have operated as self-regulating entities, and private universities, which have been subject to strict regulatory control. The new law is an acknowledgment that, while private universities have come of age, public ones have begun to show signs of age and decay. Currently, the country boasts of around 23 full-fledged public universities with a total enrollment of over 197,000 students and 28 private universities, 15 chartered



and 13 with Letters of Interim Authority, with an enrollment of over 37,000 students.

Though the country embraced the neoliberal tenets of marketization and privatization as strategies for university development the 1990s, the previous higher education law failed to keep pace with emerging challenges of public and private university developments in the poststate dominance era. In a three-pronged strategy, the new law seeks to ensure parity in three quality-related areas: regulatory oversight, student admissions, and depoliticization of governance.

#### ACCREDITATION

To ensure regulatory oversight of all universities, the new law provides for the establishment of the Commission for University Education whose mandate covers both public and private universities. Hitherto, only private universities were required to obtain charters from the Commission for Higher Education after meeting stringent conditions in terms of physical facilities, staffing and learning resources. Consequently, as quality improved in the private universities, it deteriorated in the public ones. While the growth of private universities was regulated, public universities opened phony campuses all over the country in a concerted bid to shore up their shrinking bottom lines. One public university with a student capacity of 30,000 students has around 60,000 enrolled.

---

**To ensure regulatory oversight of all universities, the new law provides for the establishment of the Commission for University Education whose mandate covers both public and private universities.**

---

All public universities now are required to apply and obtain charters from the Commission for University Education by July 2013. As part of the stringent charter requirements, they need a student-instructor ratio, based on program; ensure a right mix of instructors with PhD and master's degree qualifications; provide first-rate laboratories for scientific and technical courses; upgrade their libraries; and rationalize the development of their satellite campuses. Failure to adhere to these quality indexes has had disastrous consequences for public universities. The School of Law at the University of Nairobi had its accreditation withdrawn by the Council for Legal Education, while that of Moi University's was put under a pending status. In contrast, all law schools in private universities have full accreditation. Simi-

larly, the Institution of Engineers of Kenya has declined to register engineering graduates from Kenyatta University and Masinde Muliro University of Science of Technology. Likewise, the Kenya Medical Laboratory Technologist Association has declined to accept medical technology graduates from Kenyatta University. In all instances these professional bodies could not vouch for the veracity of the curriculum and facilities at the institutions.

#### ADMISSIONS

Until now, public universities—through the Joint Admissions Board—have admitted all government-sponsored students. These are the top high school graduates who meet the Joint Admissions Board's criteria and pay a highly subsidized tuition fee of around \$400 per year in contrast to \$2,000 paid by privately sponsored students in public universities and \$4,000 by those in private institutions. Locked in public universities, many government-sponsored students who cannot be admitted in competitive programs—like medicine, engineering, and law—end up pursuing other courses. In contrast, those with lower admission scores and the wherewithal can pursue the popular courses, as privately sponsored candidates in public or private universities. The rich have choice but not the poor. A system designed to cushion the disadvantaged ended up punishing them.

The new law abolishes the Joint Admissions Board and creates the Kenya Universities and Colleges Central Placement Service to manage admissions in all universities, public and private. Government-sponsored students will be eligible for admissions in programs of their choice whether in public or private universities. That Central Placement Service will also work with the Higher Education Loans Board to determine students eligible for bursaries and loans, besides offering career and guidance services to all students. The net effect is to provide disadvantaged students additional institutional and program choices, while increasing student diversity across all universities and programs.

#### DEPOLITICIZATION OF GOVERNANCE

The relative advantage that state universities have enjoyed—in terms of minimal regulatory oversight, student funding, and admissions—are due to the political patronage they have enjoyed. Under the defunct law, each university operated under its own act of parliament that recognized the head of state or his nominee as the chancellor of the university. The chancellor appointed the university council members as well as the vice-chancellor (the chief executive officer). With such political associations, the government could steer universities in specific directions, regardless of impact on academic quality, while universities could extract major concessions from the state. Thus, the public university vice-

chancellors were automatic members of the Commission of Higher Education board, which only regulated private universities. The government has occasionally sought increased enrollment in state universities beyond capacity as the demand for university education surged.

The University Act of 2012 abolishes the individual university acts, discontinues the head of state chancellorship of public universities, and eliminates public universities vice-chancellors' membership in the new Commission for University Education board. University alumnae and the university senates will now appoint the chancellor, a community leader of high-moral integrity as provided for in the constitution. The vice-chancellors will be appointed by the university councils, following a competitive search in the marketplace. The objective is to depoliticize the university administrations, while strengthening internal shared governance as a means of improving quality assurance.

#### THE QUALITY CONUNDRUM

Increasing student choice and reconfiguring governance may be the easy parts of the reengineering, but whether the new law will radically improve quality in Kenya's higher education remains to be seen. As long as the demand for university education remains insatiable and the government continues to be a key actor in setting the university agenda, it is hard not to envision the effects of the market leaving no scars in the universities. For instance, the government increased the number of public universities from 8 to 23 within 6 months from October 2012 to March 2013. Further, the new 47 county governments, elected in March 2013, are each contemplating opening a university, notwithstanding the critical manpower shortfalls bedeviling

---

### The University Act of 2012 abolishes the individual university acts.

---

the existing universities. It is also noteworthy that except Strathmore University and the United States International University, all private universities have mimicked public ones in establishing the much-derided, poorly resourced but revenue-enhancing satellite campuses across the country. Mount Kenya University, the largest private institution, has even surpassed public universities in the satellite campus race and even launched transnational campuses in South Sudan and Rwanda. ■

## Quality Regimes in Africa: Reality and Aspirations

JUMA SHABANI

*Juma Shabani is director at the UNESCO Office in Bamako, Mali. E-mail: j.shabani@unesco.org.*

Since the middle of 2000, a number of initiatives have been launched in Africa to develop common frameworks for comparable and compatible qualifications, to promote academic mobility. Quality and quality assurance play a crucial role in these initiatives. This article identifies and analyzes the various higher education quality regimes and briefly discusses the challenges to implementing quality assurance, as well as the aspirations of African countries identified in recent commissioned research.

It is generally agreed that over the last two decades the quality of higher education has declined in several African countries, mainly due to rapid increase in student enrollments, poor standards of libraries and laboratories, inadequate pedagogic training of academic staff, and limited capacity of quality-assurance mechanisms. Several quality-assurance agencies have been established to enhance quality of higher education at national, subregional, and continental levels.

#### NATIONAL LEVEL

The first national quality-assurance agency was established in 1962, in Nigeria. By 2012, 21 African countries had already established such agencies, and a dozen other countries were at relatively advanced stages in this direction. Francophone Africa is lagging behind, with only five countries in sub-Saharan Africa with quality-assurance agencies.

Such agencies were initially established to ensure the quality of programs delivered by private institutions through the face-to-face mode. This mandate has gradually been expanded to include public institutions and other modes of delivery.

#### SUBREGIONAL LEVEL

The African and Malagasy Council for Higher Education was established in 1968, with the main objective of harmonizing academic programs and policies related to staff recruitment and promotion in its member states. Since 2005, the council implements harmonization of programs through a reform that aims at aligning the degrees structure in Francophone countries to the three Anglophone bachelor's, master's and PhD degrees. However, this reform faces some challenges, mainly due to the lack of national quality-assurance mechanisms.

The Inter-University Council for East Africa has the responsibility of ensuring internationally comparable standards in the five member states of the East African community: Burundi, Kenya, Rwanda, Tanzania, and Uganda. This mandate is implemented through the establishment and use of a subregional quality-assurance framework. This council's handbook has been developed and used to instruct quality-assurance trainers and reviewers who are now instrumental in strengthening the capacity of quality-assurance units in member institutions.

#### CONTINENTAL LEVEL

The Association of African Universities implemented in 2010–2012 the Europe-Africa Quality Connect Pilot Project in collaboration with the European Universities Association. The project has helped to enhance institutional evaluation capacities in five African universities.

The Association of African Universities also hosts the African Quality Assurance Network, which implements its main mandate of promoting collaboration among quality-assurance agencies through capacity building and the African Quality Assurance Peer Review Mechanism. Currently, the network is facing financial challenges to implement its activities.

The African Union Commission implements three initiatives. The first initiative, the African Higher Education Harmonization Strategy, was adopted in 2007 to ensure comparability of qualifications and therefore to facilitate implementation of the “revised Arusha” convention—originally the UNESCO Regional Convention on the Recognition of Studies, Certificates, Diplomas, Degrees and other Academic Qualifications in Higher Education in the African States, adopted in 1981 in Arusha, Tanzania. A conference of African Ministers of Education will be held in March 2014 to adopt and sign the revised Arusha convention.

The revision of the Arusha convention began in 2002. Since 2007, this process, which is not yet completed, is jointly coordinated by UNESCO and the African Union Commission. The progress made on the harmonization strategy and the revision of the Arusha convention are limited. This may be partly explained by the poor involvement of higher education and quality-assurance stakeholders in these initiatives.

Some of the results expected from the harmonization strategy will not be achieved by 2015, as anticipated by the work plan approved by the Conference of Ministers of Education in 2007. These include the establishment of an African Regional Qualifications Framework and the development of an African Credit Transfer and Accumulation System, which are key instruments for the implementation of the Arusha convention.

The second initiative, the Tuning Africa Pilot Project, is anticipated to promote the implementation of the harmonization strategy. This project was launched in 2011 to contribute to the development of a qualifications framework in five subject areas in collaboration—with nearly 60 African universities, the Association of African Universities, and other higher education partners. The project focuses on intended learning outcomes, skills, and competences. Efforts are underway to expand the scope of this project.

The third initiative, the African Quality Rating Mechanism, encourages higher education institutions to assess their performance on a voluntary basis against a set of established criteria. This one is different from ranking systems. It helps to put African universities in clusters according to prescribed standards. In 2009/2010, 32 higher education institutions from 11 countries participated in this pilot project, undertaken on the basis of self-assessment. A project report produced by the African Union Commission noted some shortcomings and suggested to revisit the survey and implement another pilot phase prior to scaling up the mechanism to all higher education institutions.

---

**It is generally agreed that over the last two decades the quality of higher education has declined in several African countries**

---

#### CHALLENGES AND ASPIRATIONS

Today, quality assurance is at the heart of all efforts toward revitalizing higher education in Africa. These efforts have led to a rapid increase in the number of quality-assurance agencies. However, at least 60 percent of these agencies lack the human capacity needed to implement their mandates effectively.

Since 2006, UNESCO and its partners have organized five international conferences that have helped to train more than 700 experts in several key issues—such as: Accreditation at Program and Institutional levels; Quality Assurance of Teaching, Learning and Research; Institutional Audit and Visitation; and Use of ICT in Quality Assurance Practices. UNESCO has also developed a guide for training quality-assurance trainers. The annual conferences have played a positive role on human capacity building, fostering awareness of major actors, emergence of several agencies and the promotion of regional cooperation in quality assurance.



Throughout the continent, the major aspiration is to build an African Higher Education and Research Space. To inform the process of building it in 2010, the Association for the Development of Education in Africa Working Group on Higher Education commissioned several analytical studies, including a feasibility study on the establishment of the African Regional Quality Assurance Framework. The African Union has recently launched the process of establishing the African Accreditation Framework. These initiatives and the Tuning Africa project will provide a strong basis for the development of the African Regional Qualifications Framework and the credit transfer system.

#### CONCLUSION

In the last decade, quality-assurance efforts have experienced major developments and progress in Africa. Despite these achievements, major challenges and questions that require further attention and research still abound. First, the Bologna Process was partly built on the implementation of the European Convention on mutual recognition of qualifications. What role should the Arusha Convention play in the process of establishing African Higher Education and Research Space? Second, how should the African Higher Education and Research Space harmonization strategy involve higher education and quality-assurance stakeholders to enhance implementation of the Arusha Convention. Finally, what lessons can be learned for the reform in Francophone countries from the experience of Anglophone countries to establish viable mechanisms of quality assurance at national and subregional levels? ■

---

## The Problems with Cross-Border Quality Assurance

KEVIN KINSER AND JASON E. LANE

*Kevin Kinser is an associate professor and chair of the department of Educational Administration and Policy Studies at the State University of New York, Albany. E-mail: kkinser@albany.edu. Jason E. Lane is the Associate Provost for Graduate Education and Research at the State University of New York. E-mail: jason.lane@suny.edu. They codirect the Cross-Border Education Research Team.*

IHE dedicates an article in each issue to a contribution from the Cross-Border Education Research Team (C-BERT), headquartered at the State University of New York at Albany. More information about C-BERT can be found at [www.globalhighered.org](http://www.globalhighered.org). Follow us on Twitter at @Cross-BorderHE.

With the rapid expansion of branch campuses and other forms of foreign educational outposts in both developed and developing nations, quality-assurance agencies are becoming more engaged in the challenging process of evaluating cross-border higher education. We argue the challenge is greater than simply helping individuals to make distinctions of academic quality in international contexts. In part, because there is no globally shared definition of quality, a problem of this work is only heightened as institutions and programs increasingly cross borders.

#### THE TALE OF TWO COUNTRIES

Despite ongoing discussions of creating multinational quality-assurance regimes, external quality assurance remains nationally organized. When an institution establishes a foreign outpost, it is obligated to abide by the laws of the host country (usually in addition to the laws of its homeland). In most cases that we are aware of (Dubai and Hong Kong are two notable exceptions), the host country either modifies its existing quality assurance to meet the unique characteristics of cross-border higher education or forces the campus

---

**When an institution establishes a foreign outpost, it is obligated to abide by the laws of the host country (usually in addition to the laws of its homeland).**

---

to modify its operations to meet the existing quality-assurance measures. The bottom line is that the host country and home country each have their own rules. The result is a series of idiosyncratic barriers and sometimes contradictory policies for institutions wishing to expand geographically, as well as logistical challenges for those charged with maintaining quality standards at home. Without a true transnational quality-assurance regime, nationally based policies will remain a source of conflict. Calls for stricter standards will not solve this inherent dilemma.

#### LEGITIMATE DIFFERENCES IN QUALITY

As noted above, quality is notoriously difficult to define. But even assuming a shared definition of quality, there would be legitimate differences among institutions. Not all institutions have the resources of the Ivy League, and an important place exists for programs providing training that diverges from the research-based standards of many world-class institutions. With new models of education emerging from the private sector, innovative attempts to provide

high-quality learning opportunities to students can look quite different from the traditional campus-based form. Few (if any) standards occur by which all institutions can be judged, and little agreement on how quality should be measured even for fundamental aspects common to all forms of higher education such as teaching. Given the variety of models and functions of cross-border higher education, establishing a threshold of quality for all foreign outposts is a difficult proposition.

#### MARKET FORCES

Cross-border higher education is often designed to meet market demand in the host country, whether that is from students seeking degrees or government officials looking for capacity development. This is for good reason as most such cross-border activities are expected to be self-supporting or help achieve the goals of the local government, providing a subsidy. However, as is clear from the prevalence of degree mills and other fraudulent purveyors of academic credentials, demand often is not based on quality. Privatization further encourages market forces to operate in the educational realm, by placing monetary value on student enrollments through the payment of tuition and fees. Regardless of market demands, however, quality-assurance agencies are intended to support the public good by ensuring legitimate, reliable, and sustainable institutions of higher education. In a conflict between the market and the public good, it takes a strong regulatory presence to win out. In most countries quality-assurance agencies are a relatively new and weak entity, and the pressures of the market often highlight their struggle to be effective.

#### INTERNAL PROCESSES AT THE HOME CAMPUS

Quality assurance is not just sustained through external oversight; internal processes are needed as well. Procedures that work well when applied across the campus quad, however, may not have the same success when their target is half a world away. Educational traditions vary along with student preparation for advanced study, and principles of academic freedom and faculty governance have contradictory interpretations. Yet, a hub-and-spoke model prevails, where quality assumptions established at home are expected to be applied abroad. The challenge of cross-border quality assurance, then, is to establish as rigorous procedures abroad as exist on the home campus, but with appropriately accounting for local differences. The infrastructure to do this, however, is mostly lacking in the typically small and narrowly focused overseas locations. Internal oversight, therefore, continues to operate at considerable distance.

#### TRUST

Former US president Ronald Reagan was famous for using

the expression “trust but verify” to indicate his stance on international treaties. The phrase has relevance for international quality assurance, as well. Most quality-assurance processes presume that the institution being evaluated can be trusted to honestly reveal details of its own performance and that peer reviewers will act with integrity in assessing the activities of an institution that could be a direct competitor of their own. But if the trust that undergirds the process is lacking, the veracity of the entire review process comes into question. In this respect, skepticism of assessments by other entities is embedded in most quality-assurance procedures and limits the traction that a transnational system needs to be successful. However, too much trust may also be a concern. If the home and host countries both assume the other has primary responsibility, or simply relies on internal institutional processes to maintain quality, then no one is watching the ship. Without trust in the integrity of the international higher education players and the reciprocity necessary to work across borders, international quality assurance will remain a buyer-beware world.

---

**Cross-border higher education is often designed to meet market demand in the host country, whether that is from students seeking degrees or government officials looking for capacity development.**

---

#### CONCLUSION

Poor-quality institutions exist within the cross-border higher education marketplace, as they do in public and private education sectors in all nations. However, by focusing the discourse about quality assurance in cross-border higher education on concerns about safeguarding students from being preyed upon by shady operators, larger issues that make quality assurance in the cross-border context problematic have become overshadowed. Quality assurance remains a largely nationally based phenomenon; however, cross-border institutions and programs must deal with at least two nations and, thus, two quality-assurance regimes. Such arrangements highlight the well-known problem of the lack of a global definition of quality, while also raising questions about how market forces, legitimate differences of quality, and conceptions of trust impact quality assurance of foreign education outposts. ■

---

# The Founding of University of Chinese Academy of Sciences

QIANG ZHA AND GUANGLI ZHOU

*Qiang Zha is an associate professor at the Faculty of Education, York University, Toronto, Canada. E-mail: qzha@edu.yorku.ca. Guangli Zhou is a professor at the School of Education, Renmin University, Beijing, China. E-mail: guanglizhou@ruc.edu.cn.*

Following the Soviet model, Chinese Academy of Sciences (CAS) was founded in November 1949, as a landmark of China's research and development (R & D) system. The CAS, together with Chinese Academy of Engineering and Chinese Academy of Social Sciences (both grown out of former divisions within the CAS), stand for China's top research organizations, forming a separate research system from the university sector and equipped with the best research resources. The founding of University of Chinese Academy of Sciences (UCAS) in July 2012, on the basis of former Graduate School of the Chinese Academy of Sciences (GSCAS), should be viewed as a meaningful event occurring in China's R & D system, and in the university sector. As such, the UCAS was born with "a silver spoon." It shares a president with the CAS, and its program offering areas and school/college arrangements match well with the six academic divisions of the latter system.

Among its 10,599 faculty are 282 CAS members (out of a total of 694 across the country) and 5,335 doctoral student supervisors. These figures far exceed those of Tsinghua University (currently having 41 CAS members, 1,832 doctoral student supervisors, and 9,357 doctoral enrollment) and Peking University (now with 63 CAS members, around 1,700 doctoral supervisors, and approximately 7,000 doctoral students), the two most prestigious universities so far in China. Though the UCAS will not open its door to undergraduates until fall 2013, it has inherited nearly 40,000 graduate students from the GSCAS, among whom one half are doctoral students. In 2011 alone, the UCAS—while still under the name of the GSCAS—conferred 4,832 doctoral degrees. This figure itself would enable the UCAS to sit on the top category in the Carnegie Classification and to beat even those most fertile American campuses in terms of producing doctorates. With the founding of the UCAS, China seems to have had a world-class university overnight. At this point, a question is naturally raised: why does the CAS make this move, which seems to have turned itself into a university? Furthermore, is the founding of the UCAS an isolated story or a prelude to something more significant?

## THE SUPPORT FOR RESEARCH IN CHINESE UNIVERSITIES

There have long been discussions and debates with respect to reforming China's R & D system, in particular surrounding the CAS. Ever since its founding, the CAS is mandated as to "defining scientific research orientations" and "outlining strategies for the nation's future scientific and technological development," while devoting itself to accomplishing research projects. As such, it plays a combined role of the nation's supreme R & D advisory body and the national flagship R & D center in sciences and technologies. However, ever since China started to boost research in universities in the mid-1990s, through launching a series of elite university schemes (i.e., Projects 211 and 985), there has been an increasing wish to optimize the country's R & D system and using universities as the backbone for basic research.

In a 2009 article, the former president of Peking University, Xu Zhihong (who is himself a CAS member) argues the state should recognize the predominant status of research-intensive universities, citing such advantage of universities over research institutes as concentration of researchers, integration of research and education, comprehensiveness of programs and subjects, and collegial ethos. He asserts those advantages are crucial not only for basic research but also for applied research, which now increasingly requires a multidisciplinary approach. He benchmarks the key research performance and outcomes of 10 Project 985 universities, against those of the CAS between 2004 and 2008, and affirms their combined research strength has outmatched the CAS. Notably, China now has 1,129 universities, including 112 research-intensive ones that are selected on Projects 985 and 211. In 2007, universities produced 84.6 percent of China's research papers that were published in international sources.

Some other universities adopt more critical tones toward the CAS's bureaucratic and less efficient style, suggesting to regenerate it following the model of the French Centre National de la Recherche Scientifique or the US National Academy of Sciences—to align it with a science and technology policy advisory role as well as a supreme honor society, while most of its subordinate research institutes should be delegated to universities. The CAS has been argued as a legacy of the planned economy and a role as both the nation's supreme science and technology advisory body and executing arm of the key research projects, putting itself in a controversial and awkward quandary. Furthermore, especially basic research can hardly attain breakthroughs under a planned regime. Notably, such contentions are often echoed in a socioeconomic context, where the higher education patterns have already shifted away from the Soviet model and toward the American one.

The National Outline for Medium- and Long-Term Sci-



ence and Technology Development (2006–2020) fully recognizes universities as “a principal player in basic research and original technology innovation,” and sees the “establishment of high caliber universities, particularly world-class research universities” as “a prerequisite for enhancing the nation’s S&T innovation and instituting a national innovation system.” Following this initiative, the Chinese government launched Project 2011 in early 2012, which exclusively supports universities to expand their research and innovation capacity, through integrative collaborations with research institutes and industry. Most recently, the Opinions on Deepening Science and Technology Structural Reform and Accelerating the Making of National Innovation System (released in September 2012) promulgates a policy to turn industry into a major R & D spender and the backbone of technological innovation (like Boeing, Lockheed Martin, Microsoft, or Pfizer in the United States), while maintaining to push for world-class research universities in China’s effort to optimize its R & D system. Indeed, in 2011, China’s industry contributed 74 percent to the country’s R & D spending. Against this backdrop, the founding of the UCAS appears to affirm an ongoing shift of China’s R & D focus to the university sector.

#### WHAT IS COMING NEXT?

Following the UCAS, a brand new Shanghai Tech University was founded in January 2013, which is also patronized by the CAS (and the Shanghai municipal government). The academic areas of this university’s program offerings correspond with those of the research institutes of the CAS Shanghai Branch. Also, it shares an executive head with the latter. The possibility could never be ruled out that more universities of this type (or spin-off versions) would come forth. Therefore, a preliminary conclusion could be drawn at this point that, if the role of the CAS as a research executing entity is coming to an end soon and its subordinate institutes are going to universities, Chinese universities will enjoy a great leap in terms of their research capacity and conditions. After all, the CAS had an annual research expenditure of \$3.6 billion, over 100 national key laboratories, and 45,400 researchers (all figures as of 2010). If the CAS stays as is (for a short while or a longer term), China would probably see an expanding list of its star research universities, and many other Chinese universities would benefit from their growing and closer collaborations with the CAS research institutes, which is boosted by China’s new policy initiatives and double-digit R & D funding increases. ■

## Missions and Ambitions for Russian Universities

TATIANA KASTOUÉVA-JEAN

*Tatiana Kastouéva-Jean is a research fellow at the French Institute of International Relations, Paris. E-mail: jean@ifri.org.*

Russian universities are facing many new challenges. On the domestic level, Russian authorities ask them not only to train highly qualified personnel for the national economy but to also become important actors in research and development and innovation. This role was traditionally played by the Russian Academy Sciences, but it has had trouble reforming itself and thus has lost legitimacy. On an international level, President Vladimir Putin wants five Russian universities in the global top 100 by 2020. In addition to economic dividends from attracting foreign students, having such leaders should improve the image of Russia as an international educational and scientific power. In spite of efforts (for example, Russia joined the Bologna process in 2003), internationalization of Russian higher education remains weak: in 2010, Russia hosted 3.9 percent of international students worldwide, the overwhelming majority coming from Commonwealth of Independent States countries (former Soviet Union). Only two Russian universities appear in Shanghai Academic Ranking of World Universities: Moscow State University in 80th level and Saint-Petersburg State University in the last 100th.

In the 1990s and in the beginning of 2000s, Russian universities went through a difficult period of transition and insufficient state funding. During these lean times, they had to develop strategies for survival: universities, including public establishments, offered more payment of educational services (as a result, 60% of students are enrolled today for a fee) and opened regional branches and departments teaching non-core disciplines that were in demand (especially law, economics, and management). Aging and badly paid faculty members combined positions in multiple establishments with private lessons, in order to make a living. The simultaneous growth in the social prestige of diplomas, with the democratization of higher education, encouraged the spread of corrupt practices, plagiarism, and the outright purchase of diplomas. With only a few exceptions, the quality of training deteriorated.

In addition to this challenging legacy, student demography is a worrying factor for future. Because of low birthrates in the 1990s, the number of young people between 14 and 19 years old dropped from 11 million in 2007 to 7.6 million in 2012. In a short and medium term, this demographic situation is a challenge for universities. Closures, reorganizations, and mergers will obviously be necessary to manage

surplus capacity in higher education. These processes are already underway: between 2008 and 2012, 88 establishments disappeared and the number of student population shrank by 1,460,000. Clearly, competition between universities for candidates will be hard in the coming years.

#### THINGS CHANGE...

Since 2005, the government has sought to reverse the negative trends in the sector and to modernize the education system. State funding for higher education increased from 119 billion rubles in 2005 (\$4 billion) to 402.4 billion in 2011 (\$13 billion). In October 2012, Prime Minister Dmitry Medvedev promised that spending on education will be equal to the defense budget by 2020. It is the first time in Russian history that education and defense have been given the same level of priority. However, the average spend per student remains extremely low even in leading universities (\$8,000 versus \$14,000 on average in the Organization for Economic Cooperation and Development countries or \$30,000 on average in the United States).

Three Excellence Initiatives were launched in order to select the most promising universities. The new quality-labels “National research universities” and “Federal universities” (created by mergers in regions) were created, representing 5 percent of all Russian universities. These received significant additional funding and some now have modern equipment and laboratories that would make even Western universities green with envy. Various measures were undertaken in order to integrate teaching and research, to bring universities closer to companies, and to encourage them to create startups and business incubators. The Russian government is clearly inspired by the Massachusetts Institute of Technology and the Stanford University model.

#### ...BUT NOT ENOUGH?

Some factors have been overlooked. Thus, the success of reforms has been put at risk. First, the human capital of teaching and research professions needs to be reconsidered. This will require an appropriate salary—at present that remains a promise for the majority of universities—and an increase of social prestige in order to attract the mostly highly talented professors. This should replace recruitment by cooptation; in some universities, 90 percent of teachers are recruited from among former students. Courses prepared in a “copy and paste” manner, compartmentalization between disciplines, and old methods of teaching should be changed. The scientific reputation of each researcher should be as important as an appropriate salary. Recently, a long series of recent scandals over plagiarized dissertations demonstrated not only the degree of corruption in the higher education system but, as well, the overall weak level of research in Russia. The barriers between research and teaching should be abolished: for instance, teachers have a different status and salary to researchers and the number of teaching hours is three or four times more than in Western countries.

This traditional separation between teaching and research is a second core handicap to the achievement of the new national and international missions for universities. In 2010, universities accounted for only 15 percent of all national research organisms, employed 6.4 percent of personnel in research and development nationally, while their share of domestic expenditure on research and development represented 8.4 percent. The average figure of the Organization for Economic Cooperation and Development countries is at the same moment being 26.6 percent. It is clear that universities have progress to make.

Third, the state seeks to establish the ideal model in a short line. Such a mechanistic approach does not take into account numerous obstacles: the duration of natural processes, relations with a number of socioeconomic factors, the interests of the parties, the inertia of the system, and institutional resistance. This could encourage a mechanical and superficial implementation of quantitative indicators of development programs in order to satisfy the ministry and thus preserve the volume of state funding.

Fourth, despite the newly created status of autonomous establishments, even leading Russian universities remain impeded with the dominant role and overwhelming control exercised by the ministry, which decides everything from the number of “budget” (free) places for students by region and by specialization to wages and utilization of funding. At a time when ambitious development programs are not accompanied by appropriate implementation mechanisms, there is a risk that in the short to medium term the reform of Russian education will get stuck. Considering tough international competition, Russian universities risk being ousted to the periphery of the global educational space permanently. ■

## IMPRESSUM

### EDITOR

Philip G. Altbach

### PUBLICATIONS EDITOR

Edith S. Hoshino

### ASSISTANT EDITOR

Salina Kopellas

### EDITORIAL OFFICE

Center for International Higher Education  
Campion Hall  
Boston College  
Chestnut Hill, MA 02467  
USA

Tel: (617) 552-4236

Fax: (617) 552-8422

E-Mail: [highered@bc.edu](mailto:highered@bc.edu)

<http://www.bc.edu/cihe>

ISSN: 1084-0613

© Center for International Higher Education

Published in cooperation with duz EUROPA

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit  
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.





Foto: Wikipedia

Das Hauptgebäude der Universität Zagreb beherbergt die Juristische Fakultät.

von Anat-Katharina Kálmán

Forschungsraum Europa

# Kroatiens Wissenschaft ist auf Geld aus Brüssel angewiesen

**Zagreb** Als Kroatien Anfang Juli der EU beiträt, beglückwünschten Politiker das Land pflichtgemäß. Die europäische Presse jedoch reagierte insgesamt kritisch. Das kleine Land, mit einem sinkenden Wirtschaftswachstum und einer Arbeitslosenquote von rund 20 Prozent, gilt als neues Sorgenkind Europas.

Immerhin freute sich ein österreichisches Bundesland: „Das Burgenland begrüßt Kroatien.“ Helmut Bieler, als Landrat für Wissenschaft zuständig, erklärte: „Kroatien ist der wichtigste Partner des Burgenlandes.“ Das kleinste und östlichste österreichische Bundesland hofft auf bessere Vernetzung der einzigen Hochschule, die es in der Hauptstadt Eisenstadt hat.

Dieser Wunsch beschränkt sich nicht auf eine kleine Region. Die gesamte Donau-region zu stärken, ist ein übergreifendes EU-Projekt, zu dem insgesamt 14 Länder gehören, auch Kroatien und Deutschland. Vor zwei Jahren beschloss die EU eine entsprechende Strategie. Ziel ist, über einen Forschungs- und Innovationsfonds Geld in Kooperationen zwischen den Ländern zu stecken: [www.danube-region.eu](http://www.danube-region.eu)

Kroatiens Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen starten jedoch nicht als Anfänger auf internationalem Kontakt. Seit 2008 nehmen sie an Forschungsförderungsprogrammen der EU teil, besonders im Bereich der Biomedizintechnik. Seit 2009 ist Kroatien Partner der Erasmus-Austauschprogramme. Die größte Universität des Landes in Zagreb hat über

10 000 Wissenschaftler für einzelne Projekte ins Ausland schicken können. Umgekehrt konnten rund 1800 ausländische Wissenschaftler nach Zagreb kommen. Gleichzeitig gingen rund 3000 Studenten ins Ausland und rund 1100 kamen in Kroatiens Hauptstadt. Besonders attraktiv ist der englischsprachige Studiengang Medizin. „Wir haben weltweit fast 300 bilaterale Abkommen mit anderen Hochschulen“, sagt Prof. Dr. Aleksa Bjeliš, Rektor der Uni Zagreb. Kroatiens Unis haben Austauschprogramme mit Hochschulen in Kanada, USA, Mexiko, Taiwan, Chile und Japan.

Das klingt, als sei das Bildungssystem bereits voll kompatibel zur EU. Doch die Reformen sind noch in vollem Gang. Die wichtigste Neuerung der letzten Jahre war der Umbau der Studiengänge in Bachelor- und Master-Abschlüsse. Noch gibt es – ähnlich wie in Deutschland – Studiengänge, die nicht angepasst wurden. Dazu gehören Jura und Medizin.

Vorerst gelöst scheint das Problem mit der Korruption zu sein. Erst die sogenannte „Aktion Index“ der kroatischen Anti-korruptionsbehörde USKOK sorgte dafür, dass sich Fälle wie der aus dem Jahr 2008 bislang nicht wiederholten. Damals wurden 19 wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren und Studierende verurteilt, weil sie für Prüfungsleistungen und Einschreibungen in zulassungsbeschränkten Fächern Bestechungsgelder bezahlt oder angenommen hatten. Problematisch bleiben indessen die Hochschul- und Fakultätsstrukturen.



Fotos: colourbox.com

**Hochschulen:** Kroatien ist seit 1991 unabhängig und hat 4,4 Millionen Einwohner. Es verfügt landesweit über sieben staatliche Universitäten, 19 Fachhochschulen und vier private Hochschulen. Die größte Universität ist die in Zagreb mit 72 480 Studenten. Das ist fast die Hälfte aller Studenten in Kroatien. Die anderen Universitäten befinden sich in Zadar, Rijeka, Split, Osijek, Dubrovnik und Pula. Kroatien gibt 4,4 Prozent seines Bruttoinlandproduktes für Bildung aus.

**Forschungseinrichtungen:**

Zu den besonders anerkannten Forschungszentren gehören das Ruder Bošković-Forschungsinstitut in Zagreb ([www.irb.hr](http://www.irb.hr)), das deutsch-kroatische Zentrum für europäische Bildung ([www.lecee.eu](http://www.lecee.eu)), das Proteomik-Zentrum Universität Rijeka und das Institut für Ozeanographie und Fischerei in Split.

**Regionale Netzwerke:**

Rektorenkonferenz der Alpen-Adria-Universitäten: [www.alps-adriatic.com](http://www.alps-adriatic.com); das Netzwerk für Zentral- und Südosteuropa: [www.ica-casee.eu](http://www.ica-casee.eu)

Das kroatische Hochschulwesen ist zu stark fragmentiert, weil die Fakultäten sehr autonom sind. Dadurch ist eine strategische Ausrichtung von Hochschulen kaum denkbar, Studiengänge sind von Uni zu Uni sehr unterschiedlich und Abschlüsse oder Leistungen nur schlecht vergleichbar. Das erzeuge wiederum eine geringe Mobilität innerhalb der Studienfachkombination, moniert Saša Zelenika, und müsse unbedingt geändert werden. Er ist der stellvertretende Wissenschaftsminister des



Prof. Dr. Stipan Jonjic ist Direktor des Proteomik-Zentrums der Universität Rijeka.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

## Forschen in Kroatien

### „Unsere Gehälter sind noch nicht attraktiv“

Stipan Jonjic ist der erste kroatische Forscher, der mit einem Advanced Grant des Europäischen Forschungsrates (ERC) in Kroatien forscht.

**duz** Was hat Kroatien zu bieten?

**Jonjic** Kroatien ist ein kleines Land, das seine Infrastruktur für Forschung und Lehre weiter ausbauen muss. Aber wir haben bereits kompetitive Forschungsgruppen, die schon jetzt mit EU-Forschungsgeldern rechnen können. Dazu gehören das Ruder Bošković-Forschungsinstitut und unser Proteomik-Zentrum in Rijeka. Hier sind Forschung und Lehre eng verknüpft. Wir arbeiten vorwiegend mit jungen Forschern.

**duz** Was bringt der EU-Beitritt Ihres Landes der Forschung in Kroatien?

**Jonjic** Auf dem Gebiet der Mobilität wird uns der EU-Beitritt sicherlich helfen. Dank der EU-Gelder wird es leichter, ausländische Wissenschaftler einzuladen. Das ist wichtig für die Attraktivität der kroatischen Forschungseinrichtungen. Wir konnten bereits über die europäischen Forschungsrahmenprogramme einige Wissenschaftler für eine begrenzte Zeit nach Kroatien holen und hoffen, dass wir sie über das neue Programm „Horizont 2020“ längerfristig halten können. Unsere Gehälter sind noch nicht attraktiv, wir müssen dafür auf europäische Fonds zurückgreifen. Insgesamt bin ich sehr optimistisch. Es stehen Reformen an, die die kroatische Hochschul- und Forschungsstruktur straffen sollen. Von daher wird das, was qualitativ gut ist, in Zukunft auch besser finanziert werden können.

**duz** Mit welchen Forschungszentren arbeiten Sie bereits eng zusammen?

**Jonjic** Ich stehe seit 30 Jahren mit Prof. Dr. Ulrich Koszinowski vom Genzentrum der Uni München in engem Kontakt. Wir haben daneben Kontakte zu zehn anderen Forschungszentren weltweit.

→ Jonjic' Website: [www.medri.uniri.hr/~jstipan](http://www.medri.uniri.hr/~jstipan)

Die Fragen stellte A.-Katharina Kálmán.

Landes. Künftig werde es für alle Hochschulen gültige Curricula geben, sodass die Studienangebote vergleichbarer und damit für die Studenten flexibler wählbar sind. Studenten sollen mit Blick auf ihre berufliche Zukunft ihre Fächer selbst kombinieren können.

An den Hochschulen als Wissenschaftler zu arbeiten, ist für westliche Ausländer kaum attraktiv. Die Gehälter von Professoren und Dozenten liegen zurzeit zwischen 1000 und 1500 Euro netto. Den Hochschulen fehlt Lehrpersonal. Die Abwanderung der Nachwuchsforscher ist kaum aufzuhalten. Zudem plant die Regierung auch noch eine Kürzung der Bildungsausgaben um drei Prozent. Saša Zelenika hofft auf europäische Subventionen. Rechnen kann er für die nächsten drei Jahre mit rund 90 Millionen aus EU-Fördertöpfen.

Das Geld fließt in Einrichtungen wie das Ruder Bošković-Forschungsinstitut. Es ist so etwas wie die kroatische Max-Planck-Gesellschaft. In 80 Laboratorien forscht es mit seinen 300 Senior- und 250 Jungwissenschaftlern in experimenteller Physik, Elektronik, Molekularbiologie und hat international einen sehr guten Ruf. Für seine Mitarbeit an dem EU-Projekt „Innomol“ bekam das Institut dieses Jahr fünf Millionen Euro aus Brüssel. Bis Ende August wurden international Top-Forscher für das Projekt gesucht.

Auf europäischer Ebene erfolgreich ist auch das Proteomik-Zentrum der Medizinischen Fakultät der Universität Rijeka,

das im vergangenen Jahr vom Europäischen Forschungsrat 1,8 Millionen Euro für Forschungsprojekte im Bereich der Biochemie zugesprochen bekam (siehe Interview mit Stipan Jonjic). Eine weitere Einrichtung mit internationalem Renommee ist das Zentrum für europäische Bildung. Die Universitäten Zagreb und Münster starteten es 2010. Hier kommen Spezialisten und Entscheidungsträger aus Europa zusammen, um über die Lehrerbildung der Zukunft nachzudenken.

Anat-Katharina Kálmán ist Journalistin in Budapest und Paris.

## Minister für Wissenschaft

**Željko Jovanović**

Der 48 Jahre alte promovierte Mediziner ist seit 1990 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seit Ende 2011 ist er Kroatiens Wissenschaftsminister.

Foto: Ministerium



**Beruflicher Werdegang:** Jovanović war im pharmakologischen Bereich tätig, zunächst bei der Firma Hoffmann-La Roche, dann als Manager des kroatischen Pharmakovigilanz-Zentrums und schließlich bei der Schering Plough AG.

**Sein Ziel:** Die kroatische Forschungslandschaft soll in den nächsten Jahren Teil des von der EU geförderten Netzwerkes Donauregion werden.

www.danube-region.eu

**duz**

UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 27.9. kommt das neue:

MAGAZIN

Für Forscher und Wissenschaftsmanager

### Themen unter anderem:

- Probleme in der Provinz: Wie kleinere Hochschulen die Sparwut armer Finanzminister zu spüren bekommen.
- Gut verkauft: Warum der kluge Umgang mit geistigem Eigentum den Unis gutes Geld bringen kann.



# Unabhängige Deutsche Universitätszeitung

## Wissenschaft weiterdenken

duz MAGAZIN, EUROPA, SPECIAL

[www.duz.de](http://www.duz.de)

[www.duz-wissenschaftskarriere.de](http://www.duz-wissenschaftskarriere.de)

## Hintergrundinfos

zu Trends und Entwicklungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

## Nachrichten

aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

## Empfehlungen

zu Namen und Netzwerken, bemerkenswerten Projekten und beispielhaften Vordenkern

## ... und die besten Jobs

für Nachwuchswissenschaftler, Fach- und Führungskräfte im großen akademischen Stellenmarkt



### Ja, ich bestelle:

- ( ) ein duz-Abonnement ab \_\_\_\_\_ zum halbjährlichen Bezugspreis von 78,00 Euro
- ( ) ein duz-Abonnement ab \_\_\_\_\_ zum jährlichen Bezugspreis von 144,00 Euro
- ( ) ein Abonnement duz EUROPA ab \_\_\_\_\_ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro

Alle Preise inkl. 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland.

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs-halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Ermäßigte Preise für Studierende, Promovenden, Referendare (nur bei Direktbestellung).

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: [www.duz.de](http://www.duz.de)

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-Mail

Datum / Unterschrift

**Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.**

Datum, 2. Unterschrift